

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10 M., im voraus zahlbar. Für Vorkosten nehmen sämtliche Vorkostenstellen Bestellungen entgegen. Unter Strafband bezogen für Deutschland, Österreich, Ungarn, Dänzig, das Baltikum u. Mittelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Litauens 20 M., für das übrige Ausland 27 M., per Viertel bez. für Deutschland u. Österreich-Ungarn 60 M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin S. 2, Breite Straße 86b.

Die achtspaltigen Anzeigenzeilen oder deren Raum kostet 5.— M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kaufverträge, Anzeigen laut Tarif, Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,50 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M. Fernsprecher: Zentrum 15230—15239

FREIHEIT

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Der Beschützer der Rappisten

Schiffers Entschuldigungen

Ein schwarzer Tag für die Justiz

Bei der gestrigen Debatte über den Jagowski Justizskandal wurde scharfhaft die Frage aufgeworfen, ob der seit länger als Jahresfrist vergeblich gesuchte ehemalige Rappminister nicht etwa auf der Zuhörertribüne des Reichstags den Verhandlungen beiwohne. Darauf gab es viel Geschächter.

Die Frage war aber durchaus nicht absurd, und gelacht wurde auf Kosten der Justiz. Denn nirgends ist der Verfall der moralischen und sittlichen Begriffe der bürgerlichen Gesellschaft so pestilenzartig merkbar geworden wie in der Rechtspflege dieser Gesellschaft. Der Fall Jagow ist eine besonders üble Blase auf dem riesigen Sumpfe unserer Rechtspflege.

Daß der Justizminister Schiffer heute auf einem verlorenen Kämpfe, war von vornherein klar. Rosenfeld von der U. S. P. gab den beiden Interpellationen eine treffliche Begründung. Die vorangegangenen Ausführungen Spahns traten dabei völlig in den Hintergrund. Unser Redner rief mit energischem Ruf die letzten Feigen der heuchlerischen Draperie herab, hinter der in Deutschland börsartigste Klassenjustiz ihr Wesen treibt. Er brandmarkte all die unglaublichen Dinge, die den Fall Jagow weit über die Bedeutung einer einmaligen Entgleisung der Gerechtigkeit hinausheben. Wo gebe es und wo gab es — so fragte Rosenfeld — in Deutschland einen Hochverräter, gegen den ein Haftbefehl deshalb nicht vollzogen wurde, weil der Verbrecher krank war? Wie handelt diese Justiz, wenn es sich um wirkliche frange Angeklagte oder Abgeurteilte aus der Arbeiterschaft dreht?

Mit eiserner über die Vernichtung des Sünders hinwegschreitender Strenge geht hier Rechtspflege und Strafvollzug ihren Gang. Erschütternde Beispiele führte unser Redner an. Und dann zeigte er die innigen, stillen Beziehungen zwischen den Rechtsparteien und Jagow. Der Einfluß dieser Parteien hat bewirkt, daß bis heute

kein einziger Rappverbrecher abgeurteilt ist. Die Notwendigkeit einer Amnestie für die politischen Gefangenen ergebe sich aus dem Versagen der Justiz nach der einen Seite hin von selbst. Die misgütige Rechte begann zu spekulieren, als Rosenfeld am Schlusse seiner trefflichen Rede darauf verwies, daß die Ueberwindung dieser Justizhande eine Angelegenheit ist, die von der Arbeiterschaft durch Anwendung aller ihrer Machtmittel, auch der außerparlamentarischen, erledigt werden muß.

Der Minister Schiffer kam auf den heiteren Einfall, seinen Rechtfertigungsversuch mit einem Hinweis darauf einzuleiten, daß Rosenfelds Schlussfolgerungen eigentlich polizeiwidrig seien. Die Szene wurde nicht ernster, als Schiffer ernst zu reden versuchte. Er „bewies“ haarklein, daß im Falle Jagow alles ganz ordentlich und ordnungsmäßig gegangen sei, und ahnte nicht, daß er dabei der Justiz die allerhöchsten Schläge versetzte. Im übrigen kündete er an, daß jetzt alle dreißig Aktenbündel des Falles Jagow im Reichsgericht genügend gewälzt seien und in anderthalb Wochen das Verfahren seinen Fortgang nehme. Der Haftbefehl gegen den Sündenbestehende wieder. Man möge alles in der Welt tun, nur nicht die Objektivität der Gerichte bezweifeln und ihre Autorität zerstören!

Kadbruch von den Rechtssozialisten war in seiner Polemik gegen Schiffer sehr wirksam. Besonderen Eindruck machten die Zahlen, die er zur Charakteristik der „Objektivität“ der deutschen Gerichte anführte.

Den Schluß des Reizens — da die bürgerlichen Parteien es vorzogen, sich auszuschweigen — machte eine überaus sarkastische und wirksame Rede unseres Genossen Moses, der auf die Klassenmediziner verwies, die sich im Zeitalter ärgerlicher Klassenjustiz herausgebildet und die Achtung vor der Justiz auf den Nullpunkt gebracht hat.

Ein Mißtrauensantrag der Kommunisten gegen Schiffer kommt morgen zur Abstimmung. Er wird die Unterstützung der Unabhängigen Fraktion finden, die heute bereits zu erkennen gegeben hat, daß sie in Schiffers Worte und Taten das allerhöchste Mißtrauen setzt.

Das Ende des englischen Grubenarbeiterstreiks

Am 1. April haben die englischen Bergarbeiter die Arbeit niedergelegt. Ein Vierteljahr haben sie im Streik gestanden, und in diesen Tagen kehren sie in die Gruben zurück, ohne daß ihre Forderungen erfüllt worden sind. Die Bedingungen, zu denen die Arbeit wieder aufgenommen werden mußte, haben wir bereits dargestellt. Es sind die gleichen, die am 15. Juni zur Abstimmung standen und damals noch von den Bergarbeitern abgelehnt wurden. Die Bergarbeiter müssen sich einen Lohnabzug von 2 Schilling und 6 Pence pro Schicht gefallen lassen und mit weiteren Lohnkürzungen rechnen, die eintreten werden, wenn die 10 Millionen Pfund verbraucht sind, die der Staat den Grubenbesitzern beisteuern wird, damit die Lohnreduktion in allmählicherem Tempo erfolgen kann, als die Unternehmer beabsichtigten.

Die Handelsblätter der bürgerlichen Presse wünschen der englischen Regierung, die in allen Phasen des Kohlenstreiks ihre Hand im Spiele hatte, Glück dazu, daß es ihr gelungen ist, das Lohnniveau den gesunkenen Lebensmittelpreisen und der Absatzstodung der englischen Waren auf dem Weltmarkt anzupassen.

Hier liegt in der Tat die Erklärung für den Misserfolg des Streiks, der ohne Zweifel zu verzeichnen ist, wenn wir das materielle Ergebnis der Bewegung an den ursprünglichen Forderungen der Bergarbeiter messen. Die Senkung der Lebensmittelpreise und die einschneidende wirtschaftliche Krise, begleitet von massenhafter Arbeitslosigkeit, traten fast gleichzeitig ein. Die erste Erscheinung richtiger Vorgehens vor der Öffentlichkeit die von den Grubenbesitzern vorgenommene Kündigung des am 1. April ablaufenden Vertrages mit der Bergarbeiterunion und das Angebot niedrigerer Löhne, die Wirtschaftskrise aber schwächte gleichzeitig die Widerstandskraft der Arbeiter.

Die Regierung nahm die Gelegenheit wahr, um den Staat aus dem Geschäft zu ziehen. Sie hob, wie wir mehrfach dargestellt haben, die Regierungskontrolle über den Bergbau, die mit einer Preisgarantie verbunden war, auf und überließ Grubenbesitzer und Bergarbeiter einseitig ihrem Geschick. Schon die Ankündigung dieses Schrittes der Regierung hatte eine starke Senkung der Kohlenpreise zur Folge, woraus die Grubenbesitzer abermals die Berechtigung zur Lohnkürzung ableiteten.

Die Bergarbeiter mußten ihre ganze Kraft zum Widerstande aufbieten, wenn sie einen Lohnsturz verhüten wollten. Das ist ihnen zum mindesten gelungen, wenn auch nicht in der erstrebten Form. Die Macht des nationalen Verbandes sollte vor allem eingesetzt werden, um ein rapides Sinken der Löhne in den weniger ertragreichen Gruben und Bergbaudistrikten zu verhüten. Erhebliche Unterschiede in den Löhnen, die dadurch eingetreten wären, hätten mit der Zeit drückend auf die Löhne in den ertragreichen Gruben gewirkt und ein neues Argument zu weiterem Lohnabbau gegeben. Darum forderte die Bergarbeiterunion die nationale Gewinnkasse, beruhend auf einer Kontrolle der Gewinne, und die Zahlung völlig gleicher Löhne an alle Bergarbeiter des Landes, bemessen nach den Beständen dieser Kasse. Das wäre ein bedeutender Eingriff in die Herrschaftsrechte des Unternehmertums, ein Schritt auf dem Wege zur Sozialisierung gewesen, und darum stieß die Forderung auf den unerbitlichen Widerstand der Unternehmer und der Regierung. Ihre Abwehr hatte Erfolg, denn der Streik ging zu Ende, indem die Arbeiter ihre Forderung aufgaben. Das neue Lohnabkommen bietet keine Gewähr für den gleichen nationalen Lohn, aber es setzt immerhin dem Lohnabbau eine bestimmte Grenze.

Zwei entscheidende Wendungen hat der Streik während seiner langen Dauer erlebt. Die erste wird gekennzeichnet durch das Versagen des Dreibundes, der den Generalstreik angekündigt hatte, um den Bergarbeitern zu helfen, die Arbeitsniederlegung aber ablehnte, als die Grubenbesitzer im Augenblick des angelegten Generalstreiktermins der Bergarbeiterunion neue Verhandlungsvorschläge anboten, die indes von den Bergarbeitern in ihrem Glauben an den Dreibund abgewiesen wurden.

Die Schwenkung des Dreibundes wurde von seinen Führern, vor allem unter dem Einfluß des Eisenbahners Thomas, vorgenommen, weil sich herausgestellt hatte, daß die Eisenbahner und Transportarbeiter der Generalstreikpartei im Ernstfalle kaum gefolgt wären. Wohl waren auch sie von Lohnkürzungen bedroht, aber die Transportarbeiter litten gleichzeitig unter einer ungewöhnlich schweren Arbeitslosigkeit, ein Umstand, der sie dem Streikgedanken wenig geneigt machte. Die Eisenbahner aber wiederum hatten den Lohnabbau weniger zu fürchten, denn die vom Staate festgesetzten Fracht- und Personentarife waren der Erschütterung durch die wirtschaftliche Depression weit weniger ausgelekt als die Kohlenpreise. Es gelang darum auch den Eisenbahnern bald nach dieser Katastrophe des Dreibundes, ein verhältnismäßig günstiges neues Lohnabkom-

Putschgefahr in Schlesien!

Nationalistische Abenteuer an der Arbeit

Der Zusammenstoß zwischen französischem Militär und deutschen Einwohnern in Beuthen, über den gestern berichtet wurde, wird verschiedenartig dargestellt. Von deutscher Seite wird behauptet, daß die Franzosen die Deutschen provoziert und zuerst auf die Menge dreingeschlagen hätten. Sicher ist, daß beim Einzug des Militärs die zuerst anmarschierenden Franzosen mit Zeichen der Verzweiflung, die darauffolgenden Engländer dagegen mit besonderer Begeisterung begrüßt wurden. Die Menge stimmte sogar, und das läßt Rückschlüsse auf ihren Geisteszustand zu, „vaterländische“ Lieder beim Erscheinen der englischen Truppen an! Jedenfalls haben die französischen Militärs das als Herausforderung angesehen und es zum Anlaß genommen, jede Rücksicht fallen zu lassen. Man sieht an diesem Vorfall wieder, welchen Schaden der nationalstiftliche Böbel anrichten kann, wenn fortgesetzt an seine niedrigsten Instinkte appelliert wird.

Inzwischen macht die Beruhigungsaktion in Oberschlesien weitere Fortschritte. Die Aufständischen ziehen sich zurück, das polnische Militär rückt wieder über die Grenze ab. Es wird jedoch von deutscher Seite berichtet, daß die Aufständischen ihre Waffen mitnehmen, und daß die Ortswachen, die jetzt gebildet werden, nichts anderes seien, als die Zellen für den nächsten polnischen Aufstand. Die Interalliierte Kommission will jetzt die Ablieferung der Waffen durchführen. Ob ihren Aufforderungen dazu Folge geleistet wird, scheint noch zweifelhaft. Von einer vollkommenen und dauernden Beruhigung kann deshalb vorläufig noch nicht gesprochen werden. Es ist im Gegenteil zu befürchten, daß es nach dem 20. Juli, an welchem Tage die Interalliierte Kommission ihren Grenzvoranschlag machen soll, zu neuen Ausbrüchen der nationalen Leidenschaften kommen wird.

Was die Situation aber außerordentlich kompliziert, das ist die Tatsache, daß in Schlesien außerhalb des Abstimmungsgebietes auf sehr lebhafteste gerüstet wird, um ein neues kriegerisches Unternehmen zu beginnen. Die Pläne sind nicht allein darauf gerichtet, gegen Polen doch noch einen Feldzug zu eröffnen, sondern von Schlesien aus soll auch die „Befreiung“ ganz Deutschlands unternommen werden. Trotz aller Verordnungen der Regierung, trotz ihrer scharfen Strafbestimmungen denken die Führer der Freikorps nicht daran, ihre Formationen aufzulösen und die Waffen abzuliefern. Im Gegenteil, es steht fest, daß noch täglich erhebliche Verstärkungen aus dem Reiche nach Schlesien kommen, die in die Freikorps eingereiht werden. Die bekanntesten Freibeuter sind

in Schlesien beisammen und treffen siederhaft ihre Maßnahmen. Die Herren Aulod, Löwenfeld, Pieser, Ehrhardt, alle die Burichen, die sich im Baltikum oder bei ähnlichen Gelegenheiten einen Namen gemacht haben, sind wieder zur Stelle. Statt die aus dem Abstimmungsgebiet nach Schlesien zurückströmenden Selbstschutzeleute zu entwaffnen und abzuschleppen, läßt man sie unbehelligt durch und gestattet ihnen sogar, die Waffen zu behalten. Im Kreise Rimpitsch hatten, wie die „Breslauer Volkswacht“ berichtet, Arbeiter große Waffentransporte angehalten, die von einem Grafen Westarp geführt wurden, und deren Begleiter sich als Arbeiter verkleidet hatten. Die Polizei, der man den Transport übergeben hatte, ließ die Waffenschieber mit ihren Waffen in der nächsten Nacht durchbrennen! Der Fall, so berichtet das Blatt, sei nicht der erste dieser Art.

Wie weiter berichtet wird, sind die Freiwilligen, die sich von dem oberschlesischen Abenteuer viel versprochen hatten, über das rasche Ende der Sache enttäuscht, und sie werden willenlose Werkzeuge ihrer Führer, deren putschistische Absichten nicht mehr zweifelhaft sind. Offiziere und Mannschaften werden ins Reich beurlaubt, um Waffentransporte, auch Kanonen, nach Mittelschlesien zu bringen und die Werbungen fortzusetzen. Die Zentrale für die Werbungen ist in Breslau bei der berühmten Abteilung Kößbach. Nur Leute, die im Besitz eines Ausweises der Orgeß sind, werden angenommen.

Die Regierung ist nicht nur durch die Zeitungsmeldungen über diese Vorgänge unterrichtet. Sie weiß genau, was in Schlesien vorgeht, und sie hat die Pflicht, die härtesten Maßnahmen zu treffen, um jeden nationalistischen Putschversuch schon im Keime zu ersticken. Vor allen Dingen sind endlich die Bannführer dingfest zu machen. Das Rest muß ausgeräubert werden, bevor die Vögel ausgeflogen sind. Die Arbeiter aber werden sich nicht auf die Regierung verlassen dürfen, sondern sie müssen jetzt größte Wachsamkeit zeigen. Jeder reaktionäre Putschversuch muß an dem geschlossenen und tatbereiten Widerstand der gesamten Arbeiterschaft scheitern!

Belagerungszustand in den Kreisen Groß-Strehlitz und Rosenberg

D.A. Groß-Strehlitz, 5. Juli.

Die Interalliierte Kommission hat über die Kreise Groß-Strehlitz und Rosenberg von neuem den Belagerungszustand verhängt, um das überhandnehmende polnische Bannwesen wirksam bekämpfen zu können. Beuthen ist seit dem 4. Juli von der Umschließung durch die Aufständischen frei geworden, nachdem am Sonntag noch eine schwere Schießeri heftigsten hatte, die nur durch das Eingreifen eines französischen Tanks beendet werden konnte.

men durchzuführen. Die Parole der nationalen Lohnkassette aber interessierte weder die Eisenbahner noch die Transportarbeiter. Den Kampf um diese „politische Forderung“ lehnten sie ab und die Frage der Sozialisierung der Gruben erscheint ihnen noch immer als eine Angelegenheit der Bergarbeiter.

Dazu kam ein weiteres, sehr lehrreiches Moment. Hohe Kohlenpreise belasten, das kann nicht geleugnet werden, die gesamte Industrie und vor allem auch die Eisenbahnen. Je höher nun, wurde den Eisenbahnern und allen Arbeitern Englands von allen Seiten auseinandergesetzt, die Herstellungskosten der Produktion durch hohe Kohlenpreise steigen, um so weniger bleibt für Löhne übrig, besonders, wenn infolge der Abhängigkeit die Marktpreise für diese Waren sinken. Das heißt, je höher die Bergarbeiterlöhne und damit — da das Unternehmertum auf seinen „angemessenen Gewinn“ nicht verzichten könne — die Kohlenpreise seien, um so schärfer werde der Lohnabbau in den anderen Industriezweigen in Erscheinung treten müssen.

Diese Argumentation der Gegner hätte nun nach unserer Meinung einen Grund mehr für die englische Arbeiterklasse darstellen müssen, mit den Bergarbeitern gemeinsam für die Gewinnkontrolle oder gar für die Sozialisierung der Gruben zu kämpfen. Aber die schlimme Lage der gesamten Arbeiterklasse bot für derartige Erwägungen keinen Raum. Das Gegenteil trat ein: in der allgemeinen Not und Bedrängnis suchte jede Arbeitergruppe für die eigenen Interessen zu sorgen, der Berufsgewerkschaft siegte über die Klassenolidarität.

So kam es, daß die Bergarbeiter ihren Kampf allein führen mußten. Noch einmal, bei der zweiten Wendung, von der wir oben sprachen, schien ihnen Hilfe aus anderen Lagern zu kommen. Das war, als die Transportarbeiter und Eisenbahner sich weigerten, Auslandslohn zu befördern. Das geschah indes weniger aus Solidarität für die Bergleute, sondern vorwiegend zur Unterstützung der gleichfalls streikenden Hafnarbeiter. Die ins Land gelangende Einfuhrkohle war in den Häfen von Streikbrechern entladen worden und darum wurde die Transportverweigerung ausgesprochen. Sie wirkte indes wenig und hörte auf, als Regierung und Eisenbahnkapital mit strengen Maßnahmen gegen die Transportverweigerung vorgingen.

Seitdem schleppte sich der Bergarbeiterstreik weitere Wochen von einer Verhandlung zur anderen. Und so endete er jetzt, wie er enden mußte.

Mit einer Niederlage? Müßten sich die englischen Bergarbeiter als geschlagen betrachten? Wir meinen, eine Macht, die so lange Zeit unerschüttert im Kampfe ausgeharrt hat und die nach beendeten Kämpfen ihre Scharen in voller Ordnung hinter die Kampfeslinien zurückführt, ist nicht geschlagen, auch wenn nicht alle Ziele erreicht sind. Sie bleibt eine Macht, die dem Gegner Respekt einzufößen vermag. Den aufrechten Kämpfern aber gebührt und gehört die Achtung der gesamten Internationalen.

Und wichtige Lehren hat die Arbeiterklasse der Welt und die Arbeiterklasse Deutschlands aus dem Streik der englischen Bergleute zu ziehen. Dreizehn Wochen haben die englischen Knappen im allgemeinen Streik gestanden, ohne daß Unruhen vorgekommen sind, ohne daß mit Handgranaten auch nur gedroht, geschweige denn mit ihnen hantiert worden wäre. Mit musterhafter Disziplin haben sie ihren Kampf geführt und beendet. Dieser Ruhe- und Sicherheit ist es zu danken, daß der Streik solange durchgehalten werden konnte und daß es der bürgerlichen Gesellschaft und ihrer Regierung unmöglich war, den Bergleuten mit den Mitteln des Klassenstaates beizukommen und ihre Front zu zerstückeln, obwohl es die Regierung an Rüstungen für diesen Zweck nicht hatte fehlen lassen. Weil die Bergleute so diszipliniert im Kampfe standen — darum mußte sich die Bourgeoisie diesen Streik solange gefallen lassen. In dieser Disziplin liegt die Kraft der Arbeiterklasse.

Daß die Bourgeoisie und die kapitalistische Wirtschaft den Streik aber solange ertragen konnten, ohne merkbare Erschütterungen davon zu tragen, das ist, wie schon angedeutet, dem Umstande zu danken, daß die englische Wirtschaft vollständig darniederliegt und daß der Markt vor allem mit Kohle überflutet war. Wäre die Konjunktur günstiger gewesen, dann hätte die Bourgeoisie angesichts der Stärke ihres Gegners bald einlenken müssen, und dann hätte der Streik zweifellos einen vollen Erfolg gebracht, wenn es überhaupt zu ihm gekommen wäre. Es zeigt sich also, daß die kapitalistische Wirtschaft in der Phase, in der sie „erschüttert und geschwächt“ erscheint, oft widerstandsfähiger ist als in den Zeiten ihrer Blüte. Die Zeiten unglücklicher Wirtschaftslage erzeugen wohl größeres Elend in der Arbeiterklasse, aber keineswegs immer größere Kampfkraft vor allem dann nicht, wenn die Phase der Depression schon sehr weit fortgeschritten ist. Diese Lage birgt sogar in sich die Gefahr, daß die Konkurrenz unter den Arbeitern heftiger zur Geltung kommt und den Klassenkampfen weiter schwächt. Eine Lehre, die auch wir uns immer wieder einprägen müssen, nachdem sie an dem großen Beispiel des Grubenstreiks in England der Arbeiterklasse der Welt so eindringlich vor Augen geführt worden ist.

Die Entwaffnung

Wie die V. P. K. erfahren, hat das Reichsministerium des Innern an die Regierungen der Länder ein Rundschreiben gerichtet, in dem darauf hingewiesen wird, daß zwar mit Ablauf des 30. Juni die Vorschriften des Gesetzes über die Entwaffnung der Bevölkerung außer Kraft getreten sind; daß aber die Herstellung von Kriegswaffen und Munition auch nach dem 30. Juni entsprechend dem Artikel 168 des Friedensvertrages nur den vom Reichswehrministerium besonders zugelassenen Fabriken gestattet bleibt. Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften dieser Bestimmung werden gemäß § 24 des Ausführungsgesetzes zum Friedensvertrage mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Haft oder mit Geldstrafen bis zu 100 000 Mark bestraft.

In der Angelegenheit der gestohlenen Geschütze erfahren die V. P. K. noch, daß die in der Nacht vom 6. zum 7. Juni in Cüstrin entwendeten 18 Geschütze bereits nach einigen Tagen von Erfassungsbeamten des Reichsstaatsministeriums wieder beigebracht waren und der Reichstreuhandgesellschaft zur Verschrottung übergeben worden sind. Gegen die Schuldigen ist, wie bereits gemeldet, ein Strafverfahren eingeleitet. Die vom Ehrenfriedhof in Ploignitz entwendeten vier Geschütze sind den Dieben ebenfalls wieder abgenommen worden und gleichzeitig zum Zweck der Verschrottung an die Reichstreuhandgesellschaft übergeben worden.

Für die Öffentlichkeit wäre es wertvoll, die Namen der Geschütze und ihre Auftraggeber zu erfahren, da-

mit der Verlauf der Angelegenheit einer genauen Kontrolle unterworfen werden kann. Denn bislang hörten wir bei jeder Waffenschlebung, daß gegen die Schuldigen ein Strafverfahren eingeleitet worden sei, von einer Bestrafung aber erfuhren wir noch nichts.

Die große Klappe

Das Berliner Zentralorgan der V. P. K. D. hatte die kommunistische „Bergische Volksstimme“ in Remscheid angerempelt, weil diese die Leuten in Schutz genommen und das Verhalten der „Roten Fahne“ und der Zentrale der V. P. K. D. „endlose Stänkereien“ genannt hatte. Bei dieser Anempelung hatte auch die „Rote Fahne“ gegenüber ihrer Remscheider Kollegin gemeint: „Die Ruhequartiere für kampfmüde Politiker sind die sozialdemokratischen Wahlvereine“. Diese Kennzeichnung hat die Redaktion des Remscheider Kommunisten-Blattes stark gekränkt und sie richtet an die Adresse der „Roten Fahne“ eine Antwort, die nicht gerade schmeichelhaft für das Zentralorgan und ihre Berliner Gefolgschaft ist. Die „Bergische Volksstimme“ schreibt: „Wenn man, wie die „Rote Fahne“, Leisätze und Bedingungen nach den Methoden eines mittelmäßigen Schulmeisters auslegt, dann finden wir das sehr bedenklich und sind immer noch der Meinung, daß das zu engbräustiger Splittersplittererei führt.“

Die Bosheit mit den „kampfmüden Politikern“, die in sozialdemokratischen Ruhequartieren gehören, hätte sich die „Rote Fahne“ in ihrem eigenen Interesse sparen sollen. Sollte man uns damit meinen, so möchten wir bemerken, daß auf den Ruf dieser „kampfmüden Wahlvereinspolitiker“ hin die Remscheider Arbeiterklasse nahezu geschlossen der Generallinienpartei der Zentrale folgte, während im Reich der „Roten Fahne“, deren Verhalten in der Märzaktion selbst Walter Süder aus dem Düsseldorf-Parteiing als hysterisch bezeichnete, kaum ein Mann auf die Straße gebracht wurde.

Der Kampf um die innere Stärke und Festigkeit der Grundzüge und Disziplin braucht keine dauernde Beunruhigung in die Partei hineinzutragen. Dann muß der Kampf allerdings sachlich und nicht mit der großen Klappe geführt werden.“

Die Zurückweisung der „mittelmäßigen Schulmeister“ wird diese natürlich nicht hindern, bei der nächsten Gelegenheit abermals die „große Klappe“ aufzureißen. Was bliebe auch von der „Roten Fahne“ und den Kommunisten überhaupt übrig, wenn man die „große Klappe“ in Abzug brächte.

Menschenjäger

Ein Zwischenfall aus dem Prozeß gegen den General Stenger, der vor dem Reichsgericht verhandelt wurde, verdient festgehalten zu werden. Einer der vernommenen Zeugen erklärte in bezug auf den gefallenen Major Müller, der bekanntlich den Befehl zum Erschießen gefangenener und verwundeter Franzosen gegeben hat, folgendes: Major Müller war ein passionierter Jäger. Er betrachtete auch die Kriegsführung vom Standpunkt eines Jägers und beteiligte sich selbst an Herabschießen der Franzosen von den Bäumen. — Und nach „Jägerart“ hat er dann auch den verwundeten und gefangenen Franzosen, die in seine Hände gefallen waren, den Genickstoß geben lassen, genau wie er dies mit einem angeschossenen, aber noch nicht toten Wild getan hätte. Ja, das herrliche deutsche Kriegsheer hatte mancherlei seine Exemplare aufzuweisen.

Die säumigen Göldlinge

Die Schwarz-weiß-roten können sich immer noch nicht damit abfinden, daß ihr Flaggenantrag vom Reichstag abgelehnt wurde. Die „Tägliche Rundschau“ beschimpft heftig die Säumigen, die am Tage der Abstimmung gefehlt haben, und stellt sie durch eine Anwesenheits- oder vielmehr Abwesenheitstabelle an den Pranger der nationalsozialistischen Offensivität. Danach fehlten von den Deutschnationalen 29, von der Deutschen Volkspartei und den Demokraten je 20 und vom Zentrum 27 Abgeordnete. Das sei standes und pflichtvergesessen, schreibt das Blatt. Recht hat es, denn wofür werden denn diese Leute von Stinnes, Helfferich usw. bezahlt? Man wird ihnen den Sold entziehen, wenn sie ihr Benehmen nicht ändern.

Wie die Eisenbahnverwaltung geschröpft wird

Reparaturen für die Eisenbahn

Begaunung durch die Privatbetriebe

Das Defizit der Reichseisenbahnen wird, von wenigen Ausnahmen abgesehen, immer noch, und wiederholten Gegenbeweisen zum Trost, dem Achtstundentag und der geringen Leistung der Eisenbahnarbeiter zur Last gelegt. Insbesondere werden dafür die Werkstättenarbeiter sehr zu Unrecht verantwortlich gemacht. Der Deutsche Eisenbahnerverband, Bezirk Sachsen, teilt uns zu diesem Thema folgende Beispiele dafür mit, wie die Dinge in Wirklichkeit liegen.

In der Fabrik von Lampe & Co. in Brodowitz bei Coswig werden Lokomotivkessel repariert. Der Kessel der Lokomotive 205 Ag. ist am 4. 1. 21 dorthin gegangen, am 2. 5. 21 in die Werkstatt Dr. Fr. zurückgekommen.

Die Firma setzte der Eisenbahnverwaltung für die ausgeführten Arbeiten 1579 Stunden an und berechnete dafür 27266 Mark. Das Material dazu wurde von der Werkstatt Dr. Fr. als Halbfabrikat in bearbeitetem Zustande geliefert. Ein Werkführer der Werkstatt Dr. Fr. mußte sogar die Anzeigarbeiten ausführen, auf Kosten der Eisenbahnverwaltung. Werkzeuge wurden ebenfalls von der Eisenbahnverwaltung geliefert. Genau dieselbe Arbeit wurde aber an einem anderen Kessel in der Werkstatt Dr. Fr. ausgeführt. Von den Kesselschmiedern und sonstigen Arbeitern wurden daran 500 Stunden gearbeitet und von den Vorgesetzten bezahlt. Das Werkstättenamt schätzte die Reparatur, um ganz sicher zu gehen, auf 700 Stunden, berechnete mit dem üblichen Unternehmerrauschlag die Arbeit mit 12 020 Mark. Selbstverständlich wurde tadellose Arbeit mit Recht verlangt und auch geliefert.

Bei der Firma Lampe & Co. wurde diese Arbeit derartig liederlich ausgeführt, daß bei der Druckprobe in der Werkstatt Dr. Fr. ein Kesselschmied 3 Tage Nieten und Nähte nachzusammeln hatte, denn es regnete in der Feuerbuche buchstäblich, so lief das Wasser heraus.

Die Kosten für die Nacharbeit trägt natürlich ebenfalls die Eisenbahnverwaltung.

Die Firma Vamprecht in Wurzen setzte der Eisenbahnverwaltung für eine Kesselreparatur 4 131 Kesselschmiedestunden ein. In der

Der Streik der Gutsarbeiter

Abstimmung

über einen Solidaritätsstreik der Gemeindearbeiter

Die Funktionäre des Lohnkartells der Gemeindearbeiter waren in einer Anzahl von 3000 in der Bodbrauerei in der Fildinstraße versammelt, um zum Streik der Gutsarbeiter Stellung zu nehmen. Es wurde mitgeteilt, daß die letzten Versuche der Organisation, eine Einigung herbeizuführen, am Widerstand des Magistrats gescheitert seien, der die Vermittlung des Arbeitsministeriums ablehnte und gleichzeitig beschloß, daß Gutsarbeiter, die bis zum 6. Juli die Arbeit nicht aufnehmen, entlassen seien, daß ferner die Deputate eingestellt werden und für die Gewerkschaft keine Befähigung mehr gegeben wird.

Die Funktionärerversammlung beschloß, über den Eintritt in den Solidaritätsstreik in allen Betrieben am Mittwoch Abstimmung vorzunehmen und empfahl gleichzeitig den Arbeitern die Zustimmung für den Eintritt in den Streik. Beide Beschlüsse wurden von den 3000 Versammelten einstimmig gefaßt.

Ein Prachtexemplar

Die Bergarbeiter von Hürtig-Hur, einem im Niederlausitzer Braunkohlenrevier gelegenen Ort, haben ihren im Kriege gefallenen Kameraden ein Denkmal gesetzt. Bei der Einweihung eines solchen Denkmals war es bisher üblich, daß schwarz-weiß-rote Fahnen entfalteten und unter dem Beisein von Kriegsveteranen nationalsozialistische Reden gehalten wurden, die den Krieg verherrlichten und in den Wunsch auf eine baldige Wiederkehr der „großen Zeit“ ausklangen. Die Bergarbeiter von Hürtig-Hur hingegen kamen auf den originellen Gedanken, bei der Einweihung des Denkmals einen Pazifisten reden zu lassen. Sie wählten den in Berlin bekannten Edelanarchisten Ernst Friedrich, der die Gelegenheit wahrnahm, den Kriegswahnsinn zu geißeln und den Arbeitern anzuraten, sich unter keinen Umständen wieder zum Dienst mit der Waffe herzugeben. Was dann weiter geschah, darüber weiß die „Berliner Volkszeitung“ Folgendes zu berichten:

Friedrich ließ unter anderem eine Broschüre verteilen, in der sich Abbildungen aus der „großen Zeit“ befanden, die damals nicht in die illustrierten Blätter gelangten, aber für die vaterlandsparteilichen Stammtischkrieger äußerst lehrreich gewesen wären, zum Beispiel wie auf einem Breitenwagen der Abtransport ins Massengrab erfolgt. Auch in Hürtig-Hur schien man sich über diese Gabe nicht gefreut zu haben. Wie uns mitgeteilt wird, hat der sozialdemokratische Gemeindevorsteher von Hürtig-Hur gegen Friedrich Strafantrag gestellt. Wir richten an den „Vorwärts“ die ergebene Frage, wie er sich zu diesem wilden Radikalinstinkt, der den Staatsanwalt mobil macht gegen einen Pazifisten, der mit Recht verurteilt hat, bei einer so günstigen Gelegenheit einer vaterländisch schauflierten Menge eine Ahnung vom Grauen des Krieges zu geben, namentlich wo in diesen Tagen in Leipzig abermals entsetzliche Tragödien neu aufgerollt werden...

Dieser rechtssozialistische Bürgermeister von Hürtig-Hur ist ein wahres Prachtexemplar seiner Gattung. Ihm hat die „große Zeit“ anscheinend so gut gefallen, daß ihm die Erinnerung an sie heute noch in den Knochen steckt, so daß er es für verdammernd hält, wenn einer den Schleiter löst und den Krieg als das Hinfort, was er, von jeder Lüge entkleidet, ist: ein ungeheures Verbrechen!

Finanzministerkonferenz in Berlin. Im Reichsfinanzministerium hat am Dienstag die schon mehrfach erwähnte Konferenz der Finanzminister der einzelnen Länder mit dem Reichsfinanzminister begonnen. Zweck der Konferenz ist eine Aussprache über die strittigen Fragen der Finanz- und Steuerpolitik von Reich und Ländern.

Kein englischer Eisenbahnerstreik. Der Eisenbahnerführer Thomas hat erklärt, es läge keinerlei Grund vor für die Annahme, daß das Aufheben der Regierungskontrolle über die Eisenbahnen im August einen großen Eisenbahnerstreik verursachen müsse.

Bolschewisten in Ägypten. Der Londoner Korrespondent des „Temps“ gibt bekannt, man berichte aus Kairo, daß dort neue Beweise für ein bolschewistisches Komplott gegen das ägyptische Ministerium vorlägen. Die Polizei habe ein Bombenlager entdeckt.

Werkstatt Dr. Fr. wurde dieselbe Arbeit an einem anderen Kessel derselben Gattung in 800 Stunden fertiggestellt.

Die Firma Busch in Waun hat am 26. 5. und folgende Tage 10 Tonnenswagen (neu) geliefert. Nach der Vorschrift werden neugelieferte Wagen in der Werkstatt Dr. Fr. nachgeprüft. Dabei wurde festgestellt, daß die Langträger (U-Eisen) in den Schenkeln einwirkten. Um die Achsgabeln und Lagerböden lotrecht anbringen zu können, wurden die betreffenden Stellen durchgerichtet, dadurch erhielten die Träger ein wellenförmiges Ansehen und lagen sich krumm. In diesem Zustande sind die Wagen von den staatlichen Abnahme-Beamten übernommen worden. Die Wagen bilden für die Betriebssicherheit eine ständige Gefahr.

Auf Vorkstellung der Betriebsräte hat die Verwaltung erklärt, daß die Firma Busch Schadenersatz zu zahlen hat?? Ob geschieden, ist nicht bekannt geworden. Durch die Nachprüfung wurden aber der Werkstatt 10 Gleise entzogen, welche für Reparaturen ganz notwendig gebraucht wurden und den Ausbesserungsstand ungünstig beeinflussten.

Wagen, welche in der Werkstatt Dr. Fr. neu lackiert werden sollten, sind der Firma Busch überwiesen worden, in einer Zeit, wo es in Dresden Hunderte von Arbeitslosen gibt, von denen ein Teil eingestellt werden konnte.

Die Mitglieder des Deutschen Eisenbahnerverbandes und vor allem die Betriebsräte, werden auch weiterhin Material sammeln, um die Öffentlichkeit über die wahren Ursachen der Defizitwirtschaft der Reichseisenbahn entsprechend aufzuklären. Ganz entschieden wenden wir uns bei dieser Gelegenheit auch gegen die Treibeereien der Presse gegen die an die Eisenbahner gewährten Freifahrten. Diese sind ein Teil der Entlohnung und stellen genau dasselbe dar. Wenn man den Eisenbahnern die Freifahrten nimmt, dann muß man ihnen eine entsprechend höhere Entlohnung zubilligen, was allerdings ohnehin bald notwendig und auch möglich ist, wenn man diese Mißwirtschaft und Begaunung der Eisenbahnverwaltung beseitigt. Eine anständige Bezahlung der Eisenbahner ist überdies der beste Anreiz zu höherer Leistung und wirkt auch auf solche Art günstig auf die Finanzlage des Eisenbahnbetriebes ein, während die ständige lägenhafte Behauptung von der geringen Leistung der Eisenbahner das Gegenteil bewirken muß. Vielleicht sieht das die Reichseisenbahnverwaltung endlich etc.

Klassenjustiz und Klassenmedizin

Deutscher Reichstag

Dienstag, 5. Juli.

Präsident Vöbe eröffnet die Sitzung 1 1/2 Uhr.

Anfragen

Abg. Graf (Dn.): Ist die Reichsregierung bereit, durch gesetzgeberische Maßnahmen zu verhindern, daß die Gerichte gegenüber widerrechtlichen Angeklagten machtlos sind, wie es sich beim Prozeß Hölz gezeigt hat. (Zuruf: Jagow! Jagow, wo bist du?) — Heiterkeit.)

Ein Regierungsvertreter: Die Frage werde bei der allgemeinen Reform der Strafgesetze geprüft werden.

Abg. Künzler (U. S. P.): Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um dem Reichstag eine Abrechnung über das Baltikum-Abenteuer vorzulegen? Weiter: beabsichtigt die Regierung, die Urheber und Führer des Baltikum-Abenteuers strafrechtlich zu verfolgen?

Ein Regierungsvertreter: Die Ziffern zur Abrechnung stehen noch nicht fest. (Zuruf: Noch nicht?) Die Führer handelten damals im Auftrage der Regierung. Für die Reutertruppen einzelner Truppen sind sie nicht verantwortlich.

Der Gesetzentwurf über das deutsch-russische Ergänzungsabkommen über die Heimkehr der beiderseitigen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten wird der Ausschussberatung überwiesen.

Gewährung von Beihilfen an Rentenermpfänger aus der Angestelltenversicherung

Auf Ausführungen der **Abg. Lambach (Dn.)** und **Thiel (D. Sp.)** erwidert:

Abg. Hohl (S. P. D.): Die Herren von der Rechten haben sich gewaltig darüber entrüstet, daß nicht alle Fragen jetzt geregelt werden, die der Regelung bedürfen. Sie wissen aber sehr wohl, daß damit das ganze Problem der Arbeiter- sowohl wie der Angestelltenversicherung neu aufgerollt werden muß, und daß das nicht im Handumdrehen zu lösen ist. Keine Seite der Versicherung hat so versagt, wie die Angestelltenversicherung. Angeheuer Summen sind für die Verwaltung ausgegeben. Ein großer Teil der Forderungen vertritt heute den Standpunkt, daß es unantwortlich wäre, wollte man durch die Aufrechterhaltung der isolierten Angestelltenversicherung immer wieder neue Millionen herauswerfen.

Abg. Karsten (U. S. P.): Wir hatten die Frage zu erörtern, ob wir die Invaliden- oder die Angestelltenversicherung auf die Beine bringen wollten. Wir mühten uns für das erstere entschieden. Wenn Herr Thiel Vereinheitlichung der Angestellten- und Invalidenversicherung gleichstellt mit dem Hineinwerfen der Angestelltenversicherung in den Topf der Invalidenversicherung, so ist er sehr im Irrtum. Die Gleichstellung der Beiträge der Angestelltenversicherung mit denen der Invalidenversicherung zeigt schon, daß damit die Vereinheitlichung der beiden Versicherungsweige in die Wege geleitet werden soll. Wir sind durchaus nicht beirrt mit dem, was die Vorschläge bringen. Aber es muß wenigstens zunächst etwas geschehen.

In der Abstimmung werden die in der Debatte umstrittenen Anträge der Linken und der Mitte und sodann das gesamte Gesetz angenommen.

Die Milliarden-Liebesgabe für die Agrarier angenommen

Abgelehnt wird der Antrag der Linken, die Forderung von 1 Milliarde und 44 Millionen Mark für die Verbilligung von Mais zu streichen. Ein Antrag der Deutschnationalen, die Kraft für Druckpapier zu verbilligen, findet Annahme. Ein weiterer Antrag der Deutschnationalen, die Kosten der Beamten- und Arbeitervertretungen herabzusetzen, wird abgelehnt und schließlich der Antrag auf Umgestaltung der Zentrale für Heimatdienst angenommen. Der Entwurf betr. Ueberwachung des Verkehrs mit Postpaketen wird, nachdem Genosse Zubeil gegen die Vorlage gesprochen, in zweiter und dritter Lesung angenommen. Desgleichen das Wehrmachts-Berອງungsgesetz in dritter Lesung.

Jagow-Interpellationen

Eine Interpellation der Regierungsparteien wünscht Auskunft über den Stand des Verfahrens gegen Jagow. Mit dieser Interpellation zugleich wird die Interpellation der Unabhängigen Reichstagsfraktion zur Debatte gestellt, die Aufschluß von der Regierung fordert, was sie zur Durchführung der Hochverratsprozesse und der Haftbefehle gegen Jagow und die übrigen Rappisten zu tun gedenkt. Die Interpellation der Regierungsparteien begründet:

Abg. Rosenfeld (U. S. P.):

Der Haftbefehl gegen Jagow ist im März 1920 ergangen. Was ist seitdem geschehen? Nichts. Wo ist der Steckbrief? Wo sind die weitergehenden Publikationen, in denen auf die Notwendigkeit der Verhaftung hingewiesen wird? Welche Belohnung ist ausgesetzt für die Ergreifung Jagows? Was hat die Regierung getan, die Öffentlichkeit immer wieder zu alarmieren? Am 23. Juni hat der Reichsjustizminister hier erklärt, die Voruntersuchung sei abgeschlossen, der Rechtsanwalt beschäftigt sich damit, sich über die Erhebung der Anklage schlüssig zu machen. Nach Lage der Sache nehme er an, die Anklageerhebung werde unmittelbar bevor. Die Untersuchung schwebt seit dem 18. März 1920, also einundvierzig Tage, steht, wo die Öffentlichkeit auf Jagow aufmerksam gemacht ist, erklärt der Justizminister, der Rechtsanwalt beschäftigt sich bereits damit, nicht etwa die Anklage zu erheben, sondern sich schlüssig zu machen, ob er Anklage erheben will. Gegen die Männer, die im März dieses Jahres sich vergangen haben, hat man Ausnahmegerichte eingesetzt, jene Schnelljustiz durchgeführt, während

gegen Jagow noch heute keine Anklage erhoben,

noch kein Termin angelegt ist. Da muß man die Frage aufwerfen: Von wem ist hier geflüchtet worden? Wer sind die Schuldigen? Was wird die Regierung tun, um die Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen? Der Minister Schiffer hat am 23. Juni erklärt, Jagow sei wegen Krankheit aus der Haft entlassen. Jagow antwortet in der Presse: Ich war seit März 1920 nicht ein Tag krank. Das ist der Dank vom Hause Jagow. (Zuruf: Wohlverdient!) Der Reichsminister erklärte weiter, die Entlassung aus der Untersuchungshaft sei gegen Leistung einer Sicherheit von 500 000 Mark erfolgt. Danach hat Jagow durchaus Recht zu seinem Auftreten, daß die Entlassung mit Krankheit nicht begründet sei. Wie ist es möglich, daß man mit einer halben Million von der Untersuchungshaft befreit werden kann? Wo geschah es schon einmal, daß gegen einen Hochverräter ein Haftbefehl deshalb nicht vollzogen wurde, weil er krank gewesen ist? Jagow beruft sich auf das Zeugnis seines Hausarztes. Bisher war es stielige Rechtsjudikatur, daß Atteste von so nahestehenden Ärzten keine Anerkennung finden durften. Der arme Arbeiter muß mühselig die Kosten aufbringen, um das Zeugnis eines Kreisarztes zu beschaffen. Aber die Justiz redet Herrn v. Jagow ein, daß er krank ist. In der Tat: In vielen Fällen wäre die Klassenjustiz nicht möglich, wenn sie sich nicht fänden, die Klassenmedizin, die es ermöglicht, daß sich Ärzte finden, einem gefunden Mann eine Krankheit zu bescheinigen. Es gibt wohl niemand im Hause, der bezweifelt, daß der

Prozeß gegen Jagow mit einer glänzenden Freisprechung enden wird und kein Verteidiger schließlich noch die Verteidigungs- kosten aus der Staatskasse erhält. Herr Schiffer hat hier erklärt, auch die Ränderberger hängen keinen, den sie nicht hätten. Er selbst wisse gar nicht, wo Herr Jagow ist. Herr Jagow hat in der Presse erklärt, daß er zu Protokoll gegeben hat: Ich wohne in der Potsdam, Bayernstr. 7. Zum mindesten hat sich Herr Schiffer so informiert gezeigt, daß man sich wundern muß, wie es möglich war, daß Schiffer und die Behörden Jagow für unan-

sindbar gehalten haben. Warum hat aber der Justizminister die Kautions nicht für verfallen erklärt? Wozu er nach dem Strafgesetzbuch verpflichtet war, wenn er Jagow für unaussfindbar hielt. Der Reichsjustizminister mußte erklären, die Kautions verfallt der Staatskasse. Jagow spielt mit Ihnen, Herr Reichsjustizminister, und macht sich über Sie lustig. Und die Justiz läßt sich alles gefallen. Wenn ein Kommunist sich so etwas geleistet hätte, so würde er die allerhöchsten Maßnahmen der Justiz zu erwarten haben. Bei Jagow wirkte alles dies nur verzögernd auf die Justiz.

Jagow reißt im Lande umher und sammelt die Streitkräfte gegen die Republik.

(Zuruf: Was heißt das?) Das will ich Ihnen sagen: Jagow war kürzlich in Schlesien mit dem Baltikamer v. d. Goltz und dem Grafen Wehler zusammen, und wenn diese drei zusammenkommen, so geschieht das nicht zum Schutze der deutschen Republik. (Sehr richtig!) Dieses Zusammenreffen mußte um so mehr Aufsehen erregen, als es zu einer Zeit geschah, als in Schlesien sich zahlreiche reaktionäre Truppen sammelten. In unserer Interpellation beschränken wir uns nicht auf den Fall Jagow. Wie steht es um die anderen Rappisten? Es gibt doch immerhin noch einige, gegen die das Verfahren noch nicht eingestellt ist. Ich frage: Wie weit sind diese Prozesse gediehen? Hat der Oberreichsanwalt bereits angefangen, zu erwägen, ob er Anklage erheben soll? Koch ist nicht ein einziger angeklagt worden.

Der selbe Justizminister aber, der seine Hand über die Rappisten und Rapp-Regellen hält,

verweigert diesen Arbeitern die Amnestie.

Wir werden nicht ruhen, bis die Amnestie durchgeführt ist. Nach dem Strafgesetzbuch macht sich derjenige strafällig, der Beamten bei einer strafbaren Handlung im Amte Vorschub leistet. Aber hat nicht Herr Schiffer Ähnliches getan, indem er die Rappisten schützte? Herr Reichsjustizminister, hüten Sie sich vor dem Justizhaus! Der Fall Jagow ist zu einem unerhörten Skandal geworden, das Rechtsbewußtsein in der schwersten Weise erschüttert. Weit über die Kreise der Arbeiterschaft hinaus. Aber die Arbeiterschaft wird dafür sorgen, daß die Zustände geändert werden. Sie weiß allerdings auch, daß dies nicht im Parlament, sondern außerhalb des Parlaments entschieden wird. (Lärm und Hül! Hül! rechts.) Die Frage des Rechts ist eine Frage der Macht. Und sie wird erst entschieden werden, wenn in den großen Kämpfen um die Macht, die die Arbeiterschaft gegen die Bourgeoisie führt, der Sieg der Arbeiterschaft endgültig ist. Wir aber werden es nach wie vor als unsere heiligste Aufgabe betrachten, die Arbeiterschaft mit dieser revolutionären Entschlossenheit zu erfüllen. (Lebhafter Beifall bei den U. S.)

Reichsjustizminister Schiffer:

Mit viel größerem Recht als Herr Rosenfeld fühle ich mich berechtigt, zu sagen, daß Herr Rosenfeld mit seinen Schlußbemerkungen sich eines strafbaren Appells an die Gewalt schuldig gemacht hat. (Lobendes Zustimmungsgedrüll auf der Rechten. — Ledebour: Eine sehr schöne Retourkutsche!) Zum Fall Jagow: Ich habe bisher Zurückhaltung üben müssen, einmal, weil die Erörterung vollkommen überraschend kam, zum andern, weil es für einen Justizminister sehr mißlich ist, zu einem schwebenden Verfahren sich zu äußern. Nachdem aber Herr Jagow mit seinen Äußerungen

die Justiz der Untätigkeit und Unfähigkeit

besichtigt hat, sehe ich mich doch genötigt, dagegen zu protestieren. Ich muß zugeben, daß in Jagows Äußerungen allerdings eine grobe Verhöhnung und Verpötlung der Justiz liegt. (Zuruf: Sie haben es verdient!) Ich betone nochmals, daß nicht nur durch ätzliche Gutachten, sondern, wie ich aus den Akten feststellen habe, auch von dem Verteidiger im Auftrage Jagows verschiedentlich Hafensanierung beantragt wurde mit der Begründung, Jagows Gesundheitszustand werde durch die Haft aufs schwerste gerüttelt. Jedenfalls spielte der Gesundheitszustand für die Hafensanierung eine nicht unbedeutende Rolle. In einer Eingabe hat er geschrieben, die Untersuchung wäre für ihn mit Ermordung gleichbedeutend. Er habe sich bisher nur sein Leben durch einen täglichen Ritt und dadurch erhalten, daß er täglich eine Stunde Trab laufen.

(Große Heiterkeit.) Nicht also ich habe im Reichstag etwas behauptet, was nach den Akten nicht den Tatsachen entspricht, sondern Herr Jagow, der sich jetzt damit brüstet, nie krank gewesen zu sein. (Zuruf: Er spielt mit der Justiz wie die Katz mit der Maus!) Nicht meine Erklärungen, sondern die Jagows stehen miteinander in Widerspruch. (Abolf Hoffmann: Und wann wird er verhaftet? — Große Heiterkeit.) Seien Sie doch nicht so blutdürstig, Herr Hoffmann! (Abolf Hoffmann: Ich möchte nur, daß Sie seine Verhaftung noch erleben! Große Heiterkeit.) Jagows Verhalten verstoßt gegen den Grundgedanken des Staates. (Abolf Hoffmann: Lassen Sie nur auf, daß er Sie nicht verhaftet!) Er rennt genau so gegen den Staat wie die Herren von der äußersten Linken. (Zuruf: Aber den lassen Sie nicht verhaften!) Ich verstehe den Unwillen, daß die Staatsverbrecher der Linken ihrer furchtbar harten Strafe entgegengesetzt wurden, während die Staatsverbrecher der Rechten noch nicht zur Strafe gestellt wurden. (Zuruf: Daran sind Sie schuld!) Das Reichsgericht hat dem Justizministerium mitgeteilt, daß es die Auffassung hat, Jagow wolle sich stellen. Schiffer rechtfertigt diese Auffassung des Reichsgerichts und betont, daß die deutschen Gerichte nach wie vor objektiv urteilen würden.

Das Haus tritt in die Besprechung der Interpellation ein.

Abg. Kabbuch (Soz.): Es handelt sich für uns nicht um Jagows mehr als belanglose Person, sondern um die Frage der öffentlichen Moral und der staatlichen Rechtspflege. In merkwürdiger Parallele zu diesem Fall steht der Fall Hölz. Jagow und Hölz haben die göttliche Frechheit gemeinsam, mit der sie mit der Justiz Katz und Maus spielen. Dabei spielt Hölz aber um keinen Kopf, während

Jagows Kopf schließt.

Der Minister trägt auch für die Kriminalpolizei die Verantwortung. Das bekannte Wort des Herrn Jagow scheint so nachzuwirken, daß die Reugier der Volkst auf zauberhafte Weise vor ihm Halt gemacht hat. Es ist alles juristisch korrekt zugegangen — gewiß, wozu hat man denn Jurisprudenz gelernt, um nicht zu wissen, wie es gemacht wird. Ich hoffe nur, daß sich nicht noch Strafanfähigkeit aus dieser Einleitung entwickeln wird.

Die Prognose auf Eulenburgitis scheint darauf hinzuweisen. Die Statistik über die Rappverbrechen ergibt das Resultat, daß von den ursprünglichen 705 Verbrechen nur noch 19 Fälle mit 11 Angeklagten übrig geblieben sind, wozon kein einziger Fall abgeurteilt ist. Die Schuld daran liegt bei der Auslegung des Begriffes „Amnestie“ durch das Reichsgericht, die der ursprünglichen Ansicht der antroastellenden Parteien widerspricht. Dagegen halte man die 4000 ungeheuerlich strengen Sondergerichts- urteile gegen Kommunisten. Dr. Gumbel kommt in seinem bekannten Buche zu dem Resultat, daß

22 Fälle von Norden

an Angehörigen der Linken Partei seit der Revolution ungekündet sind. Ich überreichte dem Herrn Justizminister öffentlich und formell dieses Buch zur Nachprüfung und fordere eine ausführliche Denkschrift über alle diese Fälle, die auf dem Rechtsbewußtsein des Volkes fürchterlich lasten. Wir verlangen einerseits das Eingreifen des Ministers, wo die Justiz die Sühne von politischen Verbrechen versagt, andererseits das Gnadenverfahren, wo die Justiz überstreng geurteilt hat. Wenn das Begnadigungsverfahren in den Urteilen der Sondergerichte nicht zu durchgreifenden Resultaten führt, so läßt sich die allgemeine Amnestie nicht mehr ausfallen. Nur in dieser bestimmten Erwartung haben wir bisher auf die allgemeine Amnestie verzichtet. (Sehr richtig bei den Soz.). Der Minister muß taktvoll seinen Weg zu finden wissen zwischen der Wahrung der Unabhängigkeit der Richter einerseits und der Verantwortung für den Geist der Justiz andererseits. Er muß daher, wenn es nötig ist, auch an der Justiz Kritik üben. (Lebh. Bravo links.)

Der Präsident verliest einen Antrag von **Abolf Hoffmann** und **Fraktion**, wonach die Ausführungen des Reichsjustizministers vom Reichstag nicht gebilligt werden.

Abg. Herzfeld (Komm.): Die ganze Rapp-Regierung ist in Freiheit. Vielleicht kann uns der Reichsjustizminister darüber Auskunft geben, ob er nicht etwa selbst jenen Herren die Freisprechung versprochen hat. Vor dem Ausnahmegericht in Halle ist dieser Tage ein Mann zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt worden, lediglich weil er ein Glas getrunken hat.

Reichsjustizminister Schiffer: Die Urteile der Sondergerichte werden einer sorgfältigen Nachprüfung unterzogen. In Begnadigungssachen wird ernsthaft gearbeitet. Viele Begnadigungen sind bereits erfolgt.

Abg. Moses (U. S. P.):

Die hier von dem Minister Schiffer vorgebrachten juristischen Spitzfindigkeiten werden beim Volk keinen Glauben finden. Dieses Urteil nach dem gebundenen Menschenverstand. Nach den Darlegungen des Reichsjustizministers verdiente der Fall Jagow die Bezeichnung Justizkomödie. Was die Erkrankung des Herrn v. Jagow anlangt, so ist auch sie keineswegs eine Erfindung des Herrn Schiffers. Es ist

eine Art von politischer Schutzmantelung,

die gewisse Kreise als ihr Privileg betrachten können. Ungeachtete Perspektiven eröffnen sich für die Zukunft. Wer einmal als Kind die Majern gehabt oder an Durchfall gelitten hat, kann zukünftig außer Verfolgung gesetzt werden. Vorausgesetzt, daß er von Jagow heißt oder Mitglied und Anhänger der reaktionären Kreise ist. Proletarische Kreise müssen sich hüten, auch bei schwerster Erkrankung auf die Einsicht der Staatsanwälte und der Gerichtshöfe zu rechnen. Wir stehen heute einer internationalen Klassenjustiz gegenüber. Und wo einmal ein Mitglied der herrschenden Klasse Gefahr zu laufen droht, da stellt sich schnell die medizinische Wissenschaft ein und stellt sich schützend vor den Verfolgten. Das ist soweit gediehen, daß sogar in einer Münchener medizinischen Zeitschrift in klaren Worten dagegen Stellung genommen worden ist. Die Klassenjustiz wird also ergänzt durch eine Klassenmedizin. Schiffer hat gemeint, daß im Grunde genommen die von rechts basierte Un wie die von links. Beide würden sie gegen den Staat antreunen. Nehmen wir einmal an, daß dies zuträfe, so bleibt doch die Tatsache, daß von allen Rechtsstehenden, die sich des Hochverrats schuldig gemacht haben, kein einziger verurteilt worden ist, während die Vergehen von links in der umfassendsten Weise geahndet worden sind. Der Reichsjustizminister Schiffer hat eine Äußerung zitiert, die gestern unter Genosse Liebnecht im preußischen Landtag gemacht hat, und in welcher erklärt wurde, daß die Richter selbst objektiv urteilen. Klassenjustiz schließt nicht in sich, daß das Recht stets bewußt geübt wird. Sie ergibt sich vielmehr aus der bestimmten Einstellung des Angehörigen der herrschenden Klassen. Wenn der Minister meint, daß die Justiz im Falle Jagow alles getan habe, so wird er mit dieser Behauptung im Volke kein Verständnis finden. Tägliche taute Abwagungen und Abrechnungen wären noch manchem anderen als Jagow zu empfehlen. Vielleicht auch dem Reichsjustizminister. (Lebhafter Beifall b. d. U. Soz.) Die Abstimmung über den Antrag **Abolf Hoffmann** wird auf Mittwoch vertagt.

Schluß der Sitzung 1/8 Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr.

Preussischer Landtag

33. Sitzung, Dienstag, 5. Juli.

In dritter Beratung wird der Antrag von **U. S. P.** auf Annahme eines Gesetzes über das Stimmrecht der Provinziallandtagsabgeordneten westpreussischer Kreise zum Provinziallandtag der Provinz Ostpreußen angenommen. — Danach erhalten die in Beiträgen kommenden Provinziallandtagsabgeordneten bis zur gesetzlichen Neuregelung der kommunalen Verfassung und Verwaltung in der Ostmark volles Stimmrecht im Provinziallandtag der Provinz Ostpreußen.

Es folgt die Fortsetzung der zweiten Beratung des

Haushalt der Domänenverwaltung

Landwirtschaftsminister **Dr. Warmbold:** Die Domänenverwaltung hat sich angelegen sein lassen, den Bäckern nur angemessene Preise zu stellen. Im übrigen haben die Bäcker, die die Pacht für zu hoch halten, die Möglichkeit, sich zwecks Festsetzung einer angemessenen Pacht an die Pachtämter zu wenden. Das ist aber sehr selten geschehen. Es ist über den

Zustand der Arbeiterwohnungen

auf den Domänen geklagt worden. Viele Arbeiterwohnungen sollen in menschenunwürdigem Zustande sein. Die Domänenverwaltung hat sich bemüht, eine Besserung hier herbeizuführen. Es ist wahr, daß die Wohnungen vielfach den hygienischen Forderungen nicht entsprechen. Der Pächter muß in den Grenzen der Leistungsfähigkeit der Pacht bleiben. (Sehr richtig rechts.) Die gegenwärtigen Pachtpreise sind durchaus ausreichend und stellen eine angemessene Verzinsung dar.

Abg. Jürgensen (U. Soz.): Die Domänen müssen den Verhältnissen entsprechend so umgestaltet werden, daß ihr Ertrag der Gesamtheit des Volkes zugute kommt. In der Wohnungspolitik ist während des Krieges gar nichts geschehen. Sowohl die Privatwirtschaft als auch die Domänenverwaltung haben nichts getan, die Wohnungen sind in einem schandhaften Zustande. Die Landgewinnungsarbeiten können nur mit menschlicher Kraft ausgeführt werden. Hier könnte das Heer der Arbeitslosen abgebaut werden. Bei den Moor kultivierungsarbeiten müssen die Arbeiter

im Akkord 10 bis 12 Stunden

arbeiten. (Hört, hört! links.) Das steht dem geschlichen Achtstundentag und der allgemeinen Arbeitslosigkeit ganz entgegen. Wir fordern dringend, daß die Regierung dafür sorgt, daß der Achtstundentag streng eingehalten und die Akkordarbeit abgeschafft wird. Trotz der geringen Pachtpreise fordern die Domänenverwaltungen von den Arbeitern unerhörte Pachtzinsen. (Zuruf links: Unerhörte! Unerhörte!) Die Gestaltung des Domänenstaats wäre eine andere, wenn von den Domänenpächtern höhere Preise gefordert würden. Wir stimmen für den kommunistischen Antrag, bei den einmaligen und außerordentlichen Ausgaben die Titelsumme von 3 Millionen auf 15 Millionen zu erhöhen. Die Siebler sind gegenwärtig nichts anderes als ein

Ausbeutungsojekt der Großgrundbesitzer.

Der Frage der Zerschlagung der Großgrundbesitze zu kleinen Siedlungen stehen wir nicht vom politischen, sondern vom volkswirtschaftlichen Standpunkte aus gegenüber. Mit Rücksicht auf die ungeheure Arbeitslosigkeit muß dafür georgt werden, daß alle irgendwie für die Landwirtschaft geeigneten Arbeitslosen aufs Land hinausgebracht werden. Die deutsch-nationalen Kreise sind befreit, unter allen Umständen die staatlichen Betriebe in die landwirtschaftliche Arbeitsgemeinschaft hineinzubringen, um auf die Löhne der gesamten Arbeiterschaft drücken zu können. Die bürgerlichen Parteien arbeiten, wenn sie für ihre Siedlungspolitik eintraten, doch für uns, denn in ganz kurzer Zeit werden sie die Früchte ihrer Politik ernten.

Landwirtschaftsminister **Dr. Warmbold** erklärt sich gegen einen Antrag, für Landgewinnungsarbeiten nicht 4 sondern 10 Millionen Mark in den Haushalt einzustellen.

Abg. Schatz-Neudlin (Komm.): Die Politik der Regierung geht dahin, die Domänenpächter möglichst zur Stärkung des Einkommens der Großgrundbesitzer zu erhalten und das Proletariat niederzuhalten. Wenn die Domänenpächter den Boden weiter verpacken, wuchern sie in der schamlosesten Weise die kleinen Bauern aus. Die Landarbeiterschaft ist in Bewegung und wird sich von den Sozialdemokraten, die ihnen nicht helfen wollen, abwenden. Wenn der Landarbeiter sich einigt — das hat schon **Friedrich Engels** erklärt —, dann wird er die Herrschaft der Agrarier brechen.

Die Besprechung wird geschlossen. Mittwoch 12 Uhr: Kleine Vorlagen, Abstimmungen über den Domänenhaushalt. — Ministertag des Innern. — Schluß 6 1/2 Uhr.

HERMANN TIETZ

Lepziger Strasse • Alexanderplatz
Frankfurter Allee

SAISON-AUSVERKAUF

Sensationelle Angebote - aber nur noch 4 Tage

Ein grosser Posten Emaille teilweise mit Schönheitsfehlern enorm billig!	Restbestände Bestecke, Alpaka und versilbert ganz bedeutend herabgesetzt	Enorm billig! Ein grosser Posten Gummi-Schwämme gute haltbare Qualität Grösse I 6 ⁷⁵ Grösse II 9 ⁷⁵ Grösse III 12 ⁷⁵ Grösse IV 15 ⁷⁵	Enorm billig! Ein grosser Posten 6000 Stück Ia Zahnbürsten Serie I 3 ⁹⁵ Serie II 4 ⁷⁵ Serie III 5 ⁹⁵ Serie IV 6 ⁷⁵	Enorm billig! Ein grosser Posten Kopfbürsten vorzügliche Qualität Serie I 6 ⁰⁰ Serie II 7 ⁵⁰ Serie III 9 ⁰⁰	Emaille Wannen, oval ca. 45 cm 27 ⁵⁰ 50 cm 33 ⁵⁰ 55 cm 38 ⁵⁰ Mülleimer mit Schlüssellochdeckel und Aufschrift..... 26 ⁵⁰ Waschtöpfe ca. 32 cm 27 ⁵⁰ 36 cm 36 ⁵⁰ 40 cm 45 ⁵⁰ Wassereimer ca. 28 cm 12 ⁵⁰
Gasplättchen poliert, ca. 3/4 kg, Ceramit 2 Plättchen, 1 Erhitzer..... 47 ⁵⁰	Grosse Frisierkämme Serie I 2 ⁹⁵ Serie II 4 ⁹⁵ Serie III 6 ⁵⁰ Serie IV 8 ⁵⁰	Hausfreund 2 ⁴⁵ feine Toilettenseife, etwa 125 Gramm.....	Aluminium Schmortöpfe mit Deckel 16 ⁰⁰ 18 ⁷⁵ Kasserollen 9 ⁰⁰ 15 ⁵⁰ 19 ⁵⁰ Wasserkessel ca. 2 1/2 Liter Inhalt..... 42 ⁵⁰ Esslöffel 65 Pl. 85 Pl.	Eisschränke mit Zink- und Glaseinlage mit 20% Rabatt	Restbestände vernickelter Waren Butterdosen, Körbchen, Kaffeekannen, Untersätze, Aufsätze, Zuckersirener usw. bedeutend ermässigt

Fortsetzung des ausserordentlich billigen Verkaufs von Glas, Steingut, Porzellan

Theater und Vergnügungen

Volkstheater
7 1/2 Uhr: Der Kaiserjäger
Direktion: Max Reinhardt
Deutsches Theater
7 1/2 Uhr: Potofski u. Perimutter
Kammerpiele
7 1/2 Uhr: Zwei glückliche Tage
Großes Schauspielhaus
7 1/2 Uhr: Ein Sommernachtstraum (19. Abteilung, 5. Abend)
Berliner Theater:
Täglich 7.30 Uhr:
DAS MILLIARDEN SOUPER

Königsgräber Str.:
7.30 Uhr: Glauze u. Helmat
Donnerstag: Frau Guinier
Komödienhaus:
Abend 7.30 Uhr:
blonde Engel
von Robert Winterberg
Paul Helbermann u. G.
Johanna Dora u. Staatsb.
u. G. Jüngers herbeiroten,
St. Maria, Georg Kaiser,
Kurt Busch, Julius Kogg.

Theater am Rollendorfsplatz
7 1/2 Uhr:
Der Vetter aus Dingsda
Residenz-Theater
7 1/2 Uhr: Max Walbert in
1919 - Ab da für
Stranion-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Lady Windermere's Fächer

Kleines Theater
7 1/2 Uhr: Olga Limburg in
Nur ein Traum
Komische Oper
7 1/2 Uhr: Die Oper
Alt-Heidelberg
Walhalla-Theater
7 1/2 Uhr:
Die Scheidungstreue

Berliner Brater
Kastanien-Allee 70
Täglich 6 1/2 Uhr:
"Varieté"
Wenn Engel streiken!
Operette in 3 Akten
Theat. u. Kettb. Tor
Tel. Marienplatz 10077
Täglich 7 1/2 Uhr:
Elite-Sänger
- 10 Herren -
Vorch. Musik. u. Ges.

Film-Palast-Varieté
Koppenstraße 29. Telef. Kgl. 4114
Täglich 7 Uhr
Der große Varieté-Spielplan
2 Bollinger - Wallis - Greta Dirks
Fischer und Bergl - Georg Dan
Intern. Ringkämpfe
um das
ganz Ab-Memorial 1921
25 Ringer erster Klasse
Heute, Mittwoch, ringen:
Dietz u. Scholz - Berlin gegen
Petitjean, Berlin - Urbach, Köln
gegen Schachschneider, Berlin
Entscheidungskampf
Hamacher, Meißner u. Weidt. gegen
Dankenschied, Meißner u. Deutschl.
Sitz 50 Pf. Willkürf. Zahlung gen.

Schlafzimmer
eichenes, edler Marmor,
Walgewölbe, 2550,-
sinniger, 2500,-, Herren-
zimmer, 1. Zimmer, 1500,-
ring, 1500,-, gefällig,
Schreiben, 2550,-, Speise-
zimmer, 1500,-, 2. Zimmer,
mit 6 Polsterbetten, 2750,-
Küchen 550,-, Klubgerne-
turm 250,-, Stuhlschub-
er, 1500,-, 1500,-,
Bücherständer in schwarz,
Bettvorhänge, 1500,-, 1500,-,
Schlafzimmer modern billig.

Hans Lennert
Löttringer Str. 55
am Rosenhäger Platz.
Glühlampen
Halbwattlampen und sämtl.
Elektronenlampen, Material
kauft
Schröder, Bernauer Str. 101
Fabrikgeb. III.

Schlaflos
igkeit, nervöse Unruhe und Ge-
regungen, Herzbeschwerden, von
den behoben durch **Valdram**
menschenbeifamem Pflanzen-
stoffen, die natürliche Medizin
zur Beseitigung der Nerven.
Fl. 10,50 M., Otto Reichel,
Dln. 40 55, Eichenbahnstr. 4
trake.

Kranke Frauen
erhalten unentgeltlich Auskunft
über schnelle Befreiung von
Diatarmit, Weisflus, Schwäche-
zuständen. Rückporto erbeten
Frau Bertha Koopmann
Berlin 118, Potsdamer Str. 104
Oppe. Weg.
nur für Ischias
in 4 Hft., Gefäß u. Bein. Da
schon Fälle in 15 Tagen be-
seit. u. hierüber unentgeltl.
Helfer. best. u. Referenzen.
Invalidenstr. 108,
von 9-3. **Jacoby**

Preussische Staats-Lotterie
600 000 Lose mit 275 000 Gewinnen im Gesamtbetr. von über
172 Millionen M.
2 mal 750 000 M.
4 mal 500 000 M.
4 mal 300 000 M.
Ziehung I. Klasse 12. und 13. Juli
1/10 Lose 10 M., 1/20 Lose 20 M., 1/40 Lose 40 M., 1/80 Lose 80 M.
Postgebühr und amtliche Gewinn-Liste M. 1.30
Staatlicher Lotterie-Einnahmer
Kröger, Berlin W 8, Friedrichstr. 192-193
an der Leipziger Str.
Telegr. Adresse: Geldquell. Fernspr. 1 182/2. 2946. Fax schick: 31048

Geschlechtsleiden
Harnröhrenleiden, frisch und speziell veraltet, Syphilis,
Manneschwäche, Weissfluss behandelt ohne Berufsstörung
Dr. med. Dammann Heilandt
Berlin M 6, Potsdamer Strasse 123 B.
Sprechstunden: 9 bis 11, 3 bis 6, Sonntags 10 bis 11.
Behr. Brosch. mit zahlr. Dankscr. u. Angabe bewährter Heil-
mittel ohne Quackkall. u. andere Gifte gegen M. 2,- diskret in
verschloss. Doppelbriefe ohne Absender. Leiden genau angeben.

Lebte Tage Beste Qualitäten
Keine Dutzendware
des Saison-Ausverkaufs
Sportjacken, herabgesetzt auf 225,
175, 150; Kunstseide 98; Trikot 40
Gummimäntel für Damen . . . 285.-, 395.-
für Herren . . . 350.-, Ia Qualität . . . 489.-
Kostüme, Mantelkleider, einzelne
Modelle früher Saisonpreis bis 1350.-,
zum Aussuchen . . . 625.-
Kostüme . . . 169.-, 275.-
Tuchmäntel . . . 375.-, 520.-
Covercoatmäntel . . . 189.-, 287.-
Röcke . . . 44.- bis 258.-
Jetzt werden
Plüschmäntel für 775.-
Astrachanmäntel für 300.-
Pelzmäntel für 2300, 3400, 4300 ausverkauft
Westmann
I. Geschäft: Berlin W 8, Mohrenstrasse 37a
2. Geschäft: Berlin NO, Gr. Frankfurter Str. 115

Amtl. Bekanntmachung

Während der Ferien, d. i. in der Zeit vom 21. Juli bis
1. September 1921, werden Termine zur mündlichen Verhandlung
der Regel nach nur in schleunigen Sachen abgehalten.
Berlin, den 2. Juli 1921.
Stadtanspruch Berlin, Abteilung I-V.

Westmanns
Trainer-Magazin
Große Auswahl.
Billige Preise.
I. Mohrenstr. 37
(Kolonnaden)
II. Gr. Frankf. Str. 115
(nahe Andreestr.)
Auswahlendung tel.
Amt Zentrum 7890
Sonntags geschlossen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N. 54, Linienstr. 83-85
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Gemeinliche Versammlung
der Bauklemmer, Rohrleger und Helfer.
Tagesordnung:
1. Bericht über den Stand der Lohnbewegung.
2. Beschlußfassung.
Die Vertrauensleute der beiden Branchen
treffen sich um 5 Uhr im Saal 4.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt
Die Ortsverwaltung.

Platin, Gold-, Silberbruch
Zahngelbte kauft
Neukölln, Bergstraße 140
Eingang Gortelstr. im Laden. Täglich von 9-7 Uhr
Versicherer dieses erhält Mk. 3.- beim Verkauf.
Straßenbahnlinien: 47, 48, 22, 46, 7, 15, 53, 10, 8 Min.
vom Ringbahnhof Neukölln.

Alexander Stein
Agrarfrage und Sozialismus
Aus dem Inhalt:
Die politische Situation / Der wirt-
schaftliche Gegensatz zwischen Stadt und
Land / Die Klassencheidung auf dem
Land / Die Agrarfrage und die Par-
teien / Die Stellung der unabhängigen
Sozialdemokratie
Preis 2.50 Mark
Organisationen Preisermäßigung
Buchhandlung „Freiheit“, Berlin C 2,
Breite Straße 8-9

Groß-Berlin

Ein Sommerfest auf Staatskosten

Preis-schießen im entwaflneten Deutschland.

Bei Jossen liegt der Schießplatz Kummersdorf, der von der Inspektion für Waffen und Geräte, einer Reichswehr-Abteilung, verwaltet wird. Auf diesem Schießplatz wird ständig noch scharf geschossen, angeblich sollen das Versuchsschießen sein. Doch fällt es den Arbeitern auf, daß diese Versuchsschießen jedesmal unterbleiben, wenn der Platz von einem Mitglied der Interalliierten Militärkommission besucht wird. Die Verwaltung hat also offenbar selbst das Bewußtsein, unzulässige Schießereien dort zu dulden. Außerdem lagern auf diesem Schießplatz, wie uns mitgeteilt wird, noch eine ganze Anzahl großer Kisten mit scharfer Munition, und zwar nicht an dem Platze, an dem die dort offiziell noch vorhandene Munition aufbewahrt wird.

Auf diesem Schießplatz hat sich am Sonntag, den 3. Juli, ein nationalistischer Kummel sondergleichen abgespielt. Die oberen Beamten der Inspektion veranfaßten auf Kosten des Reiches für sich und ihre Angehörigen ein Sommerfest, dessen Verlauf sehr an ähnliche Veranstaltungen der Orga in Bayern erinnert. Vierzehn Tage lang haben acht Arbeiter der Inspektion ausschließlich mit den Vorbereitungen zu tun gehabt; mit einer unverantwortlichen Verschwendung von Material wurde eigens für diese Veranstaltung eine Kutschbahn und ein tadelloses Tanzsaal erbaut. Am Sonnabend vor dem Fest waren nicht weniger als vierzig Arbeiter auf dem Festplatz tätig. Alles auf Staatskosten!

Auf dem national dekorierten Platz fand dann am Sonntag im Rahmen dieses Festes ein Preis-schießen mit Karabinern statt, die zu diesem Zwecke tagelang vorher eingeschossen waren. Die Munition für diese Schießerei (scharfer Schuß kostet 1 Mark) wurde aus den Reichsbeständen entnommen.

Für das Herbeiführen der Musikanten und den Verkehr der Gäste wurden die dem Staat gehörenden Automobile benutzt; ebenso wurde eigens für das Sommerfest ein Eisenbahnzug von fünf Wagen gefahren.

Im Reichstag verflücht man immer wieder, daß überall gespart werden müsse; wie will die Reichswehrbehörde der Öffentlichkeit gegenüber eine derartige Verschwendung der Staatsgelder verantworten?

Wir stellen fest: 14 Tage lang haben acht Arbeiter auf einem Tage vierzig Arbeiter angezeigtes Holzmaterial ausschließlich für den einen Festtag verarbeitet. Wir stellen weiter fest, daß eine Unmenge Munition für diesen patriotischen Wüßhunn verpulvert worden ist, und daß man staatliche Beförderungsmitel, wie einen Sonderreisenbahnzug und die Autos, für diesen Zweck gebraucht hat.

Um der Reichswehrbehörde die Bestrafung der für diesen groben Unfug verantwortlichen Stellen zu erleichtern, teilen wir mit, daß die Hauptschuldigen an der Veranstaltung dieses Kummels der Oberst Giebler, Hauptmann Bacher, Inspektor Steiner und Westfälischer Sperber sind. Wir dürfen wohl von der Reichswehrbehörde erwarten, daß diese Leute zur Verantwortung gezogen und ganz gehörig bestraft werden.

Die Verwaltung des Schießplatzes scheint überhaupt recht merkwürdige Begriffe darüber zu haben, wie mit Staatsmitteln umzugehen ist. Von einwandfreien Zeugen, die bei dieser Verwaltung beschäftigt sind, wird uns mitgeteilt, daß der Inspektor Steiner ein staatliches Auto eigens dazu benutzte, täglich seine zwei Kinder nach Ludenwalde zur Schule fahren zu lassen. Dieses Auto benutzte Herr Inspektor Steiner aber nicht nur für seine Kinder, sondern auch für die Kinder seiner in der Umgebung wohnenden Gefinnungsgenossen. Wenn dagegen ein erkrankter Arbeiter rasch zum Arzt gefahren werden soll, dann ist dieses Auto nicht zu erhalten.

Wir erwarten, daß sich die Reichsbehörde zu diesen skandalösen Zuständen sofort äußert und nicht erst eine lange „schwebende“ Untersuchung veranstaltet, bei der erfahrungsgemäß niemals etwas herauskommt und die Öffentlichkeit unaufgeklärt bleibt.

Felsenbrunner Hof

Von Anna Croissant-Kußl

Der nächste Morgen nach diesen zwei strahlenden Sonnentagen war grau, und ein seuchter Wind, vom Esch kommend, trieb die Wolken über die Berge.

Peter war sehr spät aufgewacht mit einem iden Gefühl und einem Druck am Herzen. Noch war ihm nicht klar, was ihn bedrückte, als er unter sich leise eine Türe mit jammern-dem Kreischen gehen hörte.

Sofort kam ihm das Weinen der Mutter wieder in den Sinn, und das drückende Gefühl wurde stärker, als sich der schrill klagende Ton der Türe wiederholte und immer wiederholte. Die Mutter schlief stets lange, und es mußte tiefe Ruhe und Stille herrschen.

Sollte ihr etwas zugefallen sein? Als er seine Türe öffnete und in den Gang hinaushorchte, hörte er nur ein paar schleichende Tritte. Am Ende des Korridors schlürfte eine Magd vorsichtig vorbei, die einen Keisefasser trug, Heinrichs Koffer. Seine Ferien waren zu Ende. Also Keisetag heute und so still? Nicht einmal die Schwestern waren zu hören, die sonst nicht immer Rücksicht nahmen. Die Stille beunruhigte Peter, er beeilte sich, fertig zu werden, und sprang rasch hinunter.

Das Eßzimmer, das „Altdeutsche“, haßte er, wie es seine Mutter haßte. Vor Jahren hatte sein Vater die Einrichtung aus der ersten Möbelfabrik der Pfalz bezogen, zugleich auch einen Louis-quatorze-Salon mit vergoldeten Stühlen. Er war glücklich, daß endlich diese gräßlichen Nickermeiermöbel aus den Zimmern waren, die ihn jeden Tag ärgerten, weil sie so öde, armselig und dürftig aussahen. Er hatte dem Wunsche seiner Frau, dies alte Gerümpel oben zu haben, lange hartnäckigen Widerstand entgegengegesetzt. Wie konnte man nur so rückständig sein! Den Töchtern und Heinrich waren, gleich ihrem Vater, die alten Möbel ein Grauel. Schon in der Schule hatten die Mädchen für „Altdeutsch“ und „Plüsch“ geschwärmt, und fanden das neue Eßzimmer natürlich großartig.

„Gemütlich ist's.“ Iachte ihr Vater und schlug mit der Faust auf den wuchtigen Eschenschrank. „Da kann ich doch recht auf den wuchtigen Eschenschrank! Das andere dünnbeinige Kreatürliches hat ja stets auf allen vier spigen Beinen gezittert, wenn ich nur in seine Nähe kam!“

Hakenkreuz - Germanisches

Die Urheimat der Arier, also auch der Germanen, ist Indien. In dem Werke von Richard Schmidt: „Das alte und moderne Indien“, findet sich Seite 253 eine hübsche Volksstie verzeichnet: „Man zeichnete die Kinder durch Einschnitte in die Ohren; das Zeichen des Hakenkreuzes (im Sanskrit srastika genannt) scheint diesem Zwecke mit Entsprungen zu sein.“ Im alten Indien war es also schon so wie bei uns heute; die Ohren wurden mit dem Hakenkreuz bezeichnet. Wir wollen unseren Lesern den Nachweis, daß die heutigen Hakenkreuzträger sich auch in ihrem geistigen Tiefstand nicht von jenen des alten Indien unterscheiden, gar nicht schuldig bleiben.

Von einem Hakenkreuzler geht uns folgender hübscher Brief zu: Einschieben! Achterschlag, den 4. Juli 1921.

In die Hauptschriftleitung der „Freiheit“ Berlin.

Wie ich aus einer Notiz in der „Deutschen Zeitung“ vom 1. 7. 21 Nr. 301 ersehe, regen Sie sich in einem Artikel, betitelt: „Som Reisen“, über die Schieber auf, die sich in den Badeorten breitmachen und ein Schlemmerleben auf Kosten der Arbeiter führen. Ja, verehrter Herr Verfasser, haben Sie denn auch unterucht, wer diese Schieber und Schlemmer in der großen Mehrzahl sind? Unterucht haben Sie es wohl absichtlich nicht, aber Sie wissen es dennoch! Es sind zu 90 Prozent Juden und jüdisch verkippte Deutsche, also Kreise, die Ihnen sehr nahe stehen dürften. (1) Das darf der Arbeiter natürlich nicht erfahren. Allerdings könnte man von einem Manne, auch wenn er Zeitungsschreiber ist, annehmen bzw. erwarten, daß, wenn er heßt, denn Heße ist Ihr Artikel, er diejenigen auch genau bezeichnet, gegen die seine Heße gerichtet ist. Das wäre natürlich von Ihrem Standpunkte aus gegen die Partei- und sonstigen egoistischen Interessen, auch würde jegliche Heße ihre Wirkung verfallen, wenn Sie die reine Wahrheit schrieben, zudem wäre Ihnen und allen anderen gleichgesinnten Drahtziehern dann der Strick gewiß.

Ich weiß, daß Sie mein Schreiben nicht veröffentlichen. (Woher wissen Sie das? Red. d. „Fr.“) Dazu fehlt Ihnen der Mut und das reine Gewissen. (1) Es wäre von mir ja auch zu viel verlangt, wenn Sie Ihre Stammesbrüder so kennzeichnen sollten, wie sie es verdienen. Aller Partei- und sonstiger Profit ginge zum Teufel und mit der Badereise wäre es für viele Eßig. Ja, ja, es geht nichts über die volksfremden Führer des deutschen Proletariats.

gezeichnet Thiel

Der Mann ist uns sympathisch, weil er so nett schimpft und dennoch den Mut hat, sein Geschreibsel mit Namen zu zeichnen; eine Eigenschaft, die vielen seiner Gefinnungsgenossen abgeht. Wir glauben aber doch, daß die von dem Schreiber erwartete Wirkung ausbleiben wird!

Städtischer Schulbureaunkritismus

Ein Privatgelehrter, Hermann, der seit 15 Jahren ehrenamtlich in der Jugendfürsorge tätig ist, hat sich aus eigenem Antrieb entschlossen, französischen Sprachunterricht unentgeltlich an Gemeindefchüler zu erteilen. Es hatten sich in kurzer Zeit 94 Jungen bei ihm gemeldet. Er erteilte den Unterricht in drei Gruppen und hatte vom Leiter der 200. Gemeindefschule dazu ein Klassenzimmer bereitwilligst zur Verfügung gestellt erhalten. Da man Herrn Dr. Herrmann aber im Laufe der Zeit Schwierigkeiten machte, setzte er sich mit der städtischen Schulbehörde in Verbindung, um eine endgültige Erlaubnis für die Benutzung der Schulräume zu erhalten. Die Behandlung, die Herrn Dr. Herrmann durch den Dezernenten für das Volksschulwesen, Schulinspektor Diehoff, zuteil wurde, verdient höchste Kritik.

Der Dezernent für das Volksschulwesen legte nämlich eine Auffassung über die Bildungsmöglichkeiten der Volksschüler an den Tag, die ihn zu seinem Amt im höchsten Grade ungeeignet erscheinen läßt. Herr Diehoff ist nämlich der Ansicht, daß es den Gemeindefchülern unbenommen sein soll, sich Privatunterricht (den Arbeiterkinder natürlich nicht bezahlen können) erteilen zu lassen, dagegen sei unentgeltlicher Unterricht außerhalb der Schulstunden in der Volksschule unstatthaft; denn fremdsprachlicher Unterricht gehöre nicht in die Volksschule hinein. Anders sei es bei den höheren Schulen. Wie uns Herr Dr. Herrmann mitteilt, hat denn auch der Rektor der 200. Gemeindefschule von Herrn Diehoff die Anweisung erhalten, für den genannten unentgeltlichen Unterricht das Schulzimmer nicht weiter zur Verfügung zu stellen.

Wie nicht anders zu erwarten ist, steht der Oberschulrat Paulsen, an den sich Dr. Herrmann darauf wandte, dessen Bestrebungen sympathisch gegenüber; er trägt jedoch Bedenken,

über die Köpfe seiner Dezernenten hinweg anders zu verfügen. Das ist eine Frage, in die wir nicht hineintreten wollen; für uns ist die Tatsache bezeichnend, daß der eigentliche Dezernent für das Volksschulwesen so wenig Verständnis für die Bildungsbestrebungen der proletarischen Jugend aufbringt. Herr Diehoff nimmt denselben Standpunkt ein wie die preußischen Junker, die da meinen, wenn ein Arbeiterkind notdürftig rechnen, lesen und schreiben kann, so habe es genug Bildung. Wir sind dagegen der Meinung, daß es nötig ist, den Dezernenten für das Volksschulwesen sehr nachdrücklich über folgendes zu belehren: mit der Ungerechtigkeit in der Verteilung der Bildungsmöglichkeiten muß endlich aufgeräumt werden; wenn nun schon die gegenwärtige Einrichtung der Volksschulen zu einem besseren Bildungsgang noch keine Möglichkeiten bietet, so sind zum mindesten alle Bestrebungen, die Lücken der Volksschulbildung auszufüllen, auch von den Schulbehörden durchaus zu unterstützen!

Die Lebensmittelversorgung in Berlin W.

Recht eigenartige Verhältnisse in der Lebensmittelversorgung der Bewohner der Tiergartenstraße kamen in einer Verhandlung vor Sprache, welche gestern unter Vorsitz des Gerichtsassessors Holländer das Schöffengericht Berlin-Mitte befaßigte. Wegen Uebertretung der Nationierungsvorschriften war die Gräfin Wartensleben angeklagt. Gegen die Angeklagte war ein Strafmandat über 200 Mark Geldstrafe erlassen worden, weil sie nachweislich für ihren aus sechs Personen bestehenden Haushalt in der Tiergartenstraße in den Jahren 1919 und 1920 täglich 5 Liter Milch und wöchentlich 7 Pfund Butter auf Karten bezogen hatte. Dies soll sie dadurch ermöglicht haben, daß sie, obwohl sie auf ihrem Gute Blankenfeld lebte, hier Personen ihres Haushaltes anmeldete, die gar nicht hier tätig waren, sondern sich ständig auf dem Gute aufhielten.

Gegen den erlassenen Strafbefehl über 200 Mark ließ die Gräfin W. durch ihren Rechtsbeistand Widerspruch erheben. Dies veranlaßte den Vorsitzenden zu der Bemerkung: „Ich verhehe nicht, wie die Staatsanwaltschaft nur einen Strafbefehl über 200 Mark erlassen konnte, wo sie neulich gegen eine einjährige Frau 300 Mark beantragt hatte!“ Der Rechtsbeistand der Angeklagten beantragte die Freisprechung, da jeder Nachweis fehle, daß die Gräfin sich selbst um den Haushalt bzw. die Lebensmittelkarten befummelt habe.

Der Staatsanwalt führte aus, daß dies kein strafesbindender Grund sei. Die Angeklagte habe sich eben um ihren Haushalt befummern müssen, um solche unglücklichen Zustände zu verhindern. Mit Rücksicht darauf, daß durch derartige Geschicknisse der ärmeren Bevölkerung, Kindern und Kranken wertvolle Nahrungsmittel wie Milch und Butter entzogen worden seien, erhebe eine weit höhere Strafe am Platze, und deshalb beantragte er eine Geldstrafe von 18.000 Mark. Das Gericht ging angesichts der Vermögensverhältnisse der Gräfin Wartensleben und der Tatsache, daß durch ihr Verhalten ein Vergehen an der Allgemeinheit verübt worden sei, weit über diesen Antrag hinaus und setzte für die drei Einzelvergehen die Höchststrafe fest, und zwar eine Gesamtgeldstrafe von 66.000 Mark.

Deutschvölkische Eittlichkeit

Gegen den Leiter des deutschvölkischen Jugendbundes für Körperpflege und Redakteur des Sportblattes „Olympia“, Erich S., wurde vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I eine Anklage auf Grund des § 175 St.G.B. verhandelt. S. war beschuldigt, sich an 13 Knaben, denen er Turnunterricht erteilte, in unzünftiger Weise vergangen zu haben. Da der Angeklagte geständig war, konnte auf das Zeugnis der zumeist mit ihren Müttern anwesenden Knaben verzichtet werden. Als Sachverständige wohnten Rechtsanwalt Dr. Knope und Sanitätsrat Dr. Magnus Hirschfeld bei der Verhandlung bei; sie erachteten bei dem Angeklagten eine sexuelle Entwicklungshemmung für vorliegend. Das Gericht billigte daraufhin dem Angeklagten mildernde Umstände zu, verurteilte ihn aber, da es sich um 13 Einzelfälle handelte, zu einer Gesamtstrafe von 2 Jahren 6 Monaten Gefängnis, wovon 4 Monate durch die Unteruchungshaft als verbüßt gelten.

Stadtverordnetenwahlen im September? Im Berliner Rathaus ist man bereits mit der Ausstellung neuer Wählerlisten für die Stadtverordnetenwahlen beschäftigt. Das Urteil, durch das die jetzige Stadtverordnetenversammlung aufgelöst werden kann, kann täglich eintreffen. Man glaubt, daß die Vorarbeiten ungeachtet der Sommerferien so gefördert werden können, daß die Wählerlisten noch im August ausgelegt und die Wahlen im September stattfinden werden. Die be-

An diesem wuchtigen Eschenschrank im Eßzimmer saßen nur Alwine und Helene und tuschelten aufgeregt miteinander. Längst war es abgekomen, sich guten Morgen zu wünschen, das heißt: Alwine und Helene hatten es für überflüssig gehalten, Peter wieder zu grüßen, wenn er am Morgen grüßte, nun sagte er auch nichts mehr. Der Junge aß stillschweigend, sah nach den Kastanienbäumen, die der Wind hin- und herzerzerte, und hatte immer das Weinen von gestern abend im Ohr.

Der Himmel wurde immer niedriger, der Sturm heftiger, bis endlich die ersten Tropfen fielen; dann legte sich die Unruhe, das Prasseln an den Scheiben ließ nach, und der Regen ging in ein einförmiges graues Geriesel über.

Fast mechanisch hörte Peter auf das Rauschen und Säusen der stetig fallenden Tropfen und stierte in das Grau, das vom Wald her immer näher kam, während sein Inneres bang und erschreckt war. In diese Bangigkeit fiel ein heftiges und lautes Wort Alwinens.

„Es ist einmal eine Schande, wenn man erwachsene Töchter hat. Auf dem Standpunkt stehe ich. — Ich schäme mich vor den Leuten!“

Helene suchte sie zu beschwichtigen: „Was gehn mich die Leute an! Mir tut sie leid! Tut sie dir denn nicht leid? Sie ist ja eine Märtyrerin!“

Peter konnte jetzt jedes Wort verstehen. Entweder hatten sie keine Gegenwart vergessen, oder sie hielten es für überflüssig, sich vor dem Buben Zwang anzutun.

„Ach du, mit deinen Ueberspanntheiten! Sowas kann man sich leisten, wenn man Millionär ist. Aber wir! Und wir sind zu viert, bitte! Ach was — Ruhe! Eine Partie wollen wir machen, wir beide, du und ich, wenn du auch jetzt große Worte in den Mund nimmst. — Was? ich bin abscheulich? Weil ich nüchtern sage, was du im Grunde deiner weichen Seele auch empfindest?“

„Nein, du kennst kein Mitleid, keine Anteilnahme. Mutter könnte doch auch sehr krank werden.“

„Daran denke ich auch, eben darum — nun es ist ja glücklich vorbeigegangen, wie es scheint; aber wer gibt einem was für den Schrecken?“

„Die Geschichte mit Heinrich ist's, die sie so fürchtbar aufgeregt hat.“

„Mit Heinrich? — Hm! Weißt du, was da alles dahintersteckt? Heinrich war gar nicht deprimiert, sag ich dir! — Ach ich habe die ganze Wirklichkeit satt! Hätten wir doch auch eine Mutter wie andere! Eine kräftige, fleißige, die

sich umtut und Haus und Hof und Geld zusammenhält und lachen und sich freuen kann, die mit in Gesellschaft geht und auch ein bißchen mit Umschau hält, daß die Töchter Männer kriegen! Tu nur nicht so entrüstet, wir werden keine allzu begehrte Ware sein. Viele werden sagen: ich bitte euch, diese Mutter! Sie ist ja eine Halbbergeschnappte, eine Gelehrte! Wie können denn da die Töchter anders werden! Und sie ist uns im Wege, sie paßt nicht zu uns,“ fuhr sie leidenschaftlich fort, „sie ist wie eine Fremde unter uns, und ich muß sie kritisieren wie eine Fremde. — Diese unglückliche Mama Strauß, die den Kopf einsteckt und meint, damit sei alles aus der Welt geschafft.“

Helene machte ein Schnütchen. „Du ärgert dich, weil sie geistlich und geistreich ist. Ich wollte, ich wäre auch so.“

„Du wärst du was Richtiges! Das paßt gerade auf den Felsenbrunner Hof! Wir haben an einer schon genug! Und so geistlich sie ist, weiß sie nicht, wie sich das ausnimmt, wenn sie in ihrem Alter dem Vater noch schöne Augen macht! Ich für mein Teil finde das unanständig.“

„Schweig!“ Ichrie Peter und sprang mit geballten Fäusten auf sie zu. War es denn möglich, daß man so von seiner Mutter reden konnte!

„Du bist —“ aber er sprach das Wort nicht aus, er konnte überhaupt vor Erregung nicht reden. Alwine nahm ihn schnell bei der Hand und führte ihn, ohne daß er widerstrebt hätte, hinaus. Oh, er kannte ihre Knöchel, die sicher, eisern und taktfest niederfielen!

Draußen stand Tina, das junge Mädchen, das die Mutter bediente. Sie hatte schon ein paar mal geklopft, nun winkte sie Peter:

„Du sollst zu deiner Mutter kommen, aber mach leise, sie ist krank.“

Peter ging zögernd, geängstigt und auch etwas verbrieft. Wie oft war ihm das als Kind gesagt worden, „mach leise, sie ist krank“. Er hatte sich ja nie so freuen, sich nie so austoben können wie die andern, immer mit dieser Angst und dieser Rücksicht im Raden. Und dann: er hatte wohl verstanden, was die da drinnen meinten. Schon ein paar Jahre mußte er um diese Dinge, und ein Gefühl aus Scheu und Sorge und großer Verlegenheit gemischt überkam ihn, daß er unentschlossen eine Zeitlang vor der Türe seiner Mutter stand.

Ihr Wohnzimmer war leer, die Vorhänge weit zurückgeschlagen und vor den Fenstern hing der graue Tag.

(Fortsetzung folgt.)

folgenden Magistratsmitglieder bleiben nach dem Gehalt ungeschädigt der Auflösung der Stadtverordnetenversammlung im Amt, während nach dem § 12 des Gesetzes über die Gemeinde-Groß-Berlin die unbeforderten Magistratsmitglieder sowohl in der Berliner Zeitsche als in den Bezirksversammlungen ihres Mandats verlustig gehen.

Der Entwurf der künftigen Weitzmachungsordnung ist vom Ministerium jetzt zwar genehmigt worden, jedoch nur mit der Maßgabe, daß das Reich steuerfrei bleiben müsse, auch wenn es Grundstücke veräußert. Diese Maßgabe war ursprünglich nicht verlangt worden. Die bestehenden Bestimmungen erfordern es nunmehr, daß die Stadtverordnetenversammlung der Forderung zustimmt. Damit die Steuerordnung schleunigst in Kraft treten kann und weil andernfalls große Werte verloren gehen könnten, wird die Stadtverordnetenversammlung Donnerstag zu einer Ferien-sitzung zusammentreten.

Der Stadtschulrat Berlin Abteilung I-V gibt bekannt: Während der Ferien, d. h. in der Zeit vom 21. Juli bis 1. September 1921, werden Termine zur mündlichen Verhandlung der Regel nach nur in schleunigen Sachen abgehalten.

Der Raubüberfall in Pichtenberg aufgeklärt. Der Überfall auf den Pichtenberger Eisenbahnstationen-Friedrichs, bei dem dem Räuber 120 000 M. in die Hände fielen, ist aufgeklärt, und die Täter sind durch die Polizei verhaftet worden. Ihr Führer war der sechshundertjährige, angebliche Arbeiter Willi Döhl. Der im Osten Berlins berüchtigte Verbrecher war im Jahre 1918 wegen Raubes zu einer 15jährigen Gefängnisstrafe verurteilt worden und vor einigen Monaten aus dem Gefängnis ausgebrochen. Die Polizei fandete auf Döhl und brachte ihn auch gleich mit dem Pichtenberger Raub in Verbindung. Mehrere Beamte erkannten Döhl gestern Abend auf dem Potsdamer Platz und schritten zu seiner Verhaftung. Der überraschte Verbrecher warf im letzten Augenblick eine Waffe von sich, die noch nicht gefunden werden konnte. Der Polizei liegt daran, in den Besitz des Revolvers zu kommen und ersucht den Finder, ihn auf der Polizei abzugeben.

Gewerkchaftliches

Soziale Not und Künstlertum

Einer längeren Einsendung der Ortsverwaltung des Deutschen Musikerverbandes entnehmen wir folgendes:

Unter der Überschrift: **Arbeitslosigkeit und Staatsoper** veröffentlichte der **Vormärts** in Nr. 146 eine Zuschrift des gleichen Verbandes, in der Stellung gegen das künstlerische Personal der Staatsoper genommen wird, die ihre bezahlten Ferien nicht zur Erholung, sondern zum Gelderwerb ausnützen. Während der Sommerferien wurde nämlich das Institut an einen Privatunternehmer verpachtet, der die Operette „Strohwitze“ zur Aufführung bringt und einen Teil des künstlerischen und technischen Personals der Oper engagiert hat. Der Musikerverband wandte sich scharf gegen dieses Vorgehen und erklärte, dies sei eine unsoziale Handlungsweise und fragte an, was das Kultusministerium, das Finanzministerium und das Arbeitsministerium dazu zu sagen hätte?

In der Nr. 152 des **Vormärts** antwortete der Arbeiterrat der Staatsoper auf diese Einsendung und erklärte, daß die Urlaubsätze niedriger sind, und zwar nur 12—28 Tage und nicht 6—8 Wochen, wie der Musikerverband meinte, und daß der Dienst bei der „Strohwitze“ nicht während der Ferien, sondern außerhalb derselben ausgeübt wird. Es heißt dann in der Erklärung weiter: **Wir haben soziales Empfinden gegenüber unseren Kollegen genug, können aber die gesamte technische Einrichtung nicht fremden Händen überlassen. ... Jede Organisation arbeite für ihre Kollegen und lasse andere Berufsgruppen aus dem Spiel.**

In der bereits genannten uns zugegangenen Zuschrift des Musikerverbandes wird auch gegen die Ausführung des Betriebsrats Stellung genommen, und zwar hält der Verband daran fest, daß Doppelengagements, Ueberstunden und dergleichen Dinge doppelte und dreifache Einkünfte bedeuten und zum Schaden der beschäftigungslosen Klassengenossen ausarten. Ohne uns in die internen Streitigkeiten der in Frage kommenden Berufsgruppen einzumischen, wollen wir nur feststellen, daß in allen Theatern diese Praxis, einen Teil des Personals während der Sommerferien zu übernehmen, ausgeübt wird. Wie uns weiter von Kennern der einschlägigen Verhältnisse mitgeteilt wird, würde sich kein Unternehmer verpflichten, irgendein Theater für die Saison zu pachten, wenn er nicht einen Teil des Personals, Musiker und Choristen, mitübernehmen könnte. Darum dürfte es schwer möglich sein, diese Zustände allein bei den Staatstheatern zu ändern, bevor es nicht gelingt, eine allgemeine Regelung dieser mißlichen Zustände herbeizuführen.

Aus der Zuschrift geht weiter hervor, daß ein Teil der Orchestermitglieder der Staatsoper, die früher Angestellte des Hofes (quasi Hofbeamte) waren, durch den Wechsel der politischen Verhältnisse wirtschaftlich in Bedrängnis kamen. Das Orchester wurde seinerzeit vom Staat übernommen, und die Orchestermitglieder wurden in die Klassen 6 und 7 ansteht die Klasse 8 der Besoldungsordnung eingereiht. Diese Regelung war für die Musiker von katastrophaler Bedeutung und wurde eine Gefahr für das künstlerische Ansehen und für die künstlerische Qualität des Staatsorchesters. Dadurch rissen „wahrhaft schmachvolle Zustände ein“. Die Musiker sind darauf angewiesen, recht viel Nebenverdienst zu haben, und die Verwaltung drückt alle Augen zu und unterschreibt möglichst unbescheiden die Geschäftsrechnungen der Musiker. Es soll oft vorkommen, daß von den drei Konzertmeistern nicht ein

für den Dienst verfügbar bleibt und daß bei manchen Ausführungen das Orchester bis fast zur Hälfte mit Stellvertretern besetzt ist.“

Aus den Mitteilungen des Musikerverbandes geht weiter hervor, daß in der Staatsoper eigenartige Zustände herrschen. Es muß wir betonen dies ausdrücklich, zunächst Aufgabe aller beteiligten Organisationen sein, einen Weg zu finden, der die Streitfragen für alle Beteiligten in einer Weise regelt, die allen Erwägungen sozialer wie künstlerischer Natur gerecht wird. Wir hoffen, daß es dann den betreffenden Organisationen gelingen wird, alle Streitfragen aus der Welt zu schaffen, ohne daß das Niveau der Oper irgendwie beeinträchtigt wird.

Angestellte Groß-Berlins!

Wir weisen nochmals darauf hin, daß am **Mittwoch, den 6. Juli 1921, abends 8 1/2 Uhr**, im „Deutschen Hof“, Berlin, Ludower Str., eine öffentliche Versammlung mit dem Thema: **Der Raubzug auf die Taschen der Angestellten**, stattfindet. Als Referenten kommen die Reichstagsabgeordneten **Aufhäuser** und **Giesel** sowie **Paul Vange** in Frage. — Erscheint in Massen und protestiert so gegen die außerordentliche Erhöhung der Beiträge für die Angestelltenversicherung.

Ufa-Bund, Ortsortell Groß-Berlin.

U.S.P.-Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Am Donnerstag, den 7. Juli, abends 7 Uhr, findet in Alkies Gesellschaft, Hagenheide, eine Versammlung aller im Metallarbeiterverband organisierten U. S. P. D.-Mitglieder statt. Tagesordnung: Der Verbandstag in Jena und Aufstellung der Delegierten. Partei- und Gewerkschaftsbuch legitimiert. Sympathisierende Kollegen und Kolleginnen können durch Genossen eingeführt werden. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet.

Bezirksverband Berlin-Brandenburg.

Verbandstag der Maschinisten und Heizer

in Karlsruhe, 2. Juli.

Ueber: **Die Heizer- und Maschinistenschulen** referierte **Kaufstahl** Berlin. Er legte seinen Ausführungen eine Resolution zugrunde, in der der Verbandstag die Errichtung von Heizerschulen als einen Schritt zu einer einheitlichen planmäßigen und besseren Ausbildung des Kesselpersonals betrachtet, und fordert die Durchführung derselben in allen Ländern des Reichs. Der Verband halte nach wie vor an seinem grundsätzlichen Standpunkt fest und verlange insbesondere:

Ausdehnung der Richtlinien auch auf die Ausbildung und Prüfung der Maschinisten der Landbetriebe, Bereitstellung von Staatsmitteln zum Unterhalt der Schulen, Besetzung der Schulausschüsse durch Vertreter der Arbeiterschaft, soweit dieselben in Betracht kommen. Die Generalversammlung stimmt dem Entwurf eines Befähigungsnachweises für die Maschinisten der Binnenschifffahrt zu und wird der Verbandsvorstand beauftragt, für dessen baldiges Inkrafttreten zu sorgen.

Nach einer kurzen Debatte wurde diese Resolution einstimmig angenommen.

Derselbe Referent sprach sodann über die **Neuregelung der Dampfkesselüberwachung**, und nahm hierzu der Verbandstag eine Entschließung ebenfalls einstimmig an, in welcher der Beschluß des Verbandstages in Halle erneuert wird, der die Forderung der reichsgerichtlichen Regelung einer allgemeinen Sicherheit in Dampfbetrieben vertritt. „Im Interesse ihrer selbst sowie der Allgemeinheit, fordert die Generalversammlung ihre Mitglieder und Funktionäre auf, in diesem Sinne zu wirken und die Beschlüsse zur Durchführung zu bringen.“

Hierauf verabschiedeten sich die Vertreter der Bruderorganisationen von Oesterreich und Tschechoslowakei. Sie gaben der Hoffnung Ausdruck, daß bald eine

Internationale der Maschinisten und Heizer

unter der Führung Deutschlands begründet werde.

Verbandsvorsitzender **Klebe** sagt tatkräftige Förderung dieses Gedankens zu.

Mathis Köln gab den Bericht vom letzten Gewerkschaftskongress in Nürnberg. Er ging besonders auf die zum nächsten Gewerkschaftskongress gestellten Anträge ein. In bezug auf Entsendung einer Delegation nach Moskau zur Orientierung, bittet Mathis um Ablehnung dieser Anträge. Eine ganze Anzahl Führer und Berliner Arbeiter seien in Russland gewesen, die die traurigen Tatsachen über Russland bestätigen müssen. Die Rote Internationale der Arbeiter Deutschlands als „Gelbe“ bezeichnet habe. Wenn man eine Delegation schicke, so bedeutet dieses eine Anerkennung der Existenz der dritten Roten Internationale. Nach einer kurzen Aussprache wurden einstimmig Anträge aus verschiedenen Verwaltungsstellen einstimmig angenommen, in denen

der Verbandsvorstand beauftragt wird, im A. D. G. B. dahin zu wirken, daß in allen angeschlossenen Verbänden einheitliche Mitgliedsbücher, einheitliche Beiträge, einheitliche Unterhaltungsätze eingeführt werden. Als Grundlage für die Beitragsleistung soll ein Stundenlohn dienen.“

Ein weiterer Antrag Bremerhaven fand ebenfalls einstimmige Annahme, in der

„der Verbandsvorstand beauftragt wird, im A. D. G. B. dahin zu wirken, daß die Erwerbslosenunterstützung in den einzelnen freigewerkschaftlichen Organisationen abgebaut und die

lichten Unterstufungen unter Mitwirkung der freien Gewerkschaften weiter ausgebaut werden.“

Hierauf wurden die Delegierten zum nächsten Gewerkschaftskongress gewählt. Redakteur **Kirchhoff** dankte in bewegten Worten für den ehrenvollen Auftrag, die Verbandsgeschichte zu schreiben.

Verbandsvorsitzender **Schlising** übermittelte dem verdienten Verbandsorganisator, der den Verband der Maschinisten und Heizer gegründet hat, den herzlichsten Dank des Gesamtverbandes für sein verdienstvolles Wirken im Interesse der Kollegenschaft.

Schlising gibt dann noch eine Uebersicht der auf dem Verbandstag geleisteten Arbeiten und betonte besonders, daß der Verband der Maschinisten und Heizer eine wirtschaftliche Macht darstelle, die man dazu benutzen wolle, die

Sozialisierung vorwärts zu treiben.

Die Beschlüsse und die Richtlinien sollten die Wegweiser für die nächste Geschäftsperiode werden. Die 14. Generalversammlung habe das Fundament befestigt, damit der Verband in Zukunft allen Anstürmen gewachsen sei, habe aber auch den Grundstein gelegt, für die zukünftige Internationale der Maschinisten und Heizer.

Unter Abfragen der **Marxistische** und einem begeisterten Hoch auf den Verband wurde der Verbandstag geschlossen.

Der nächste Verbandstag findet in **Breslau** statt.

Parteiveranstaltungen

12. Verwaltungsbereich (Steigly, Pantmy, Lichterfelde, Südende). Sonntag, den 10. Juli, großes Volksfest im Grünwald, Rumpelgraben, hinter den Schießständen. Referent: Gen. **Kämpfer**. Beratung von Lebensmittel, Beschäftigungen für Groß und Klein. Konzert. Für Getränke ist gesorgt. Treffpunkt 1 1/2 Uhr, Marktplatz Döppelstraße, Steigly. Von dort gemeinsamer Marsch mit Musik, ebenso geschlossener Rückmarsch. Die umliegenden Ortsgruppen und Distrikte sind zu dieser Veranstaltung herzlich eingeladen.

1. Verwaltungsbereich, 4. Distrikt (Witten). Die Eltern, die ihre Kinder zur Ferienwanderung in der Zeit vom 15. bis 22. Juli nach Ruch unter Leitung des Genossen **Bürger** teilnehmen lassen, haben sich spätestens bis Sonnabend, den 2. Juli, beim Genossen **Döring** zu melden. Spätere Anmeldungen können nicht mehr berücksichtigt werden. Sämtliche überflüssige Billets zum Volksfest sind unersetzlich beim Genossen **Widny** abzugeben.

Tempelhof. Diejenigen Kinder, welche an den Ferienspielen, arrangiert vom Turnverein **Eintracht**, teilnehmen wollen, melden sich in den Turnvereinsoffices oder beim Genossen **Hille**, **Reitfeld**, 11.

Mittwoch, 6. Juli

12. Distrikt, 4. Abteilung. Abends 7 Uhr Funktionäre bei **Mahnsdorf**, **Größenberger** Str. 29. Partei- und Gewerkschaftsbuch mitbringen.

14. Distrikt, 7 1/2 Uhr bei **Wittmann**, **Schweiber** Str. 23. Sitzung der kommunalen Kommission. Genossinnen und Genossen, welche sich für Arbeit in Interaktionen, sind herzlich eingeladen, desgleichen die Stadt- und Bezirksverordneten.

9. Verwaltungsbereich (Friedrichshagen). **15. Distrikt**, Abends 7 Uhr Sitzung der kommunalen Kommission bei **Wittmann**, **Hilmarstr.** 34. Vortrag des Genossen **Frank** über **Mein** Arbeit in den kommunalen Kommissionen. Alle Parteigenossen, die daran Interesse haben, werden herzlich und pünktlich ersucht.

16. Verwaltungsbereich, **Abt. Oberhavel**, **Vandell** 1/2 Uhr **Prinzenberg** bei **Imberg**, **Wilmshagenstr.** 24. Genossen und Gäste willkommen.

Distrikt Pichtenberg-Stadt, **3. Bezirk**, Abends 7 Uhr Funktionärsitzung bei **Engel**, **Wagnerstr.** 26, **Edel** **Kapitelstr.**

Donnerstag, 7. Juli

7. Distrikt, **Verwaltungsbereich** **Wedding**, Abends 7 Uhr Sitzung der Frauenarbeits- und Kinderbeschäftigungskommission bei **Kopp**, **Unterländer** Str. 20.

18. Distrikt (früher 18.). Abends 7 Uhr **Agitations- und Landagitationskommission** bei **Ernst**, **Giermannstr.** 22. Die Genossinnen der **Feuerorganisation** müssen daran teilnehmen.

12. und 13. Distrikt, Abends 8 Uhr **Abrechnung der Billets und Kontrolle** (einstimmig zum Sommerfest bei **Wittmann**, **Prinzenberg** Str. 34).

16. Distrikt (früher 7.). Abends 7 Uhr Sitzung der Landagitationskommission bei **Schulz**, **Konstanzer** Str. 24. Erscheinen aller Parteigenossen dringend notwendig. Wichtige Tagesordnung. Vertretungsstellen, welche Interesse für Agitation haben, sind herzlich eingeladen.

19. Verwaltungsbereich (**Abt. Planten/Beck**). Abends 8 Uhr kommunale Sitzung bei **Stabs**.

Bereinskalender

Mittwoch, 6. Juli

Internationaler Bund der Arbeiter (Deutsche Sektion). Gau Berlin. Ortsgruppe **Korb-Weiß** 1. Die Mitgliederversammlung findet nicht am Donnerstag, den 7. Juli, im **Roßbiter** Gesellschaftshaus, sondern am **Mittwoch**, den 20. Juli, abends 7 Uhr, im **Roßbiter** Vereinshaus (Nahau), **Waldstr.** 58, statt.

Donnerstag, 7. Juli

Wertmüller-Verband, **Hochgruppe** 11. **Kutsmobil**, **Katzenberg** und **Moggenberg**, Abends 7 Uhr **Verammlung** im **Schulhof**, **Kruse** **Jägerstraße**.

Feuerorganisation, Abends 7 1/2 Uhr **Verammlung**, **Engelhof** 15.

Deutscher Verkehrsband, **Abteilung** **Holz**, **Permpack** und **Telegraphenpersonal**, Abends 6 Uhr **Volksversammlung** im **Kohlenthal Hof**, **Kohlenthal** Str. 11-12.

Freitag, 8. Juli

Deutscher Wertmüller-Verband, Berlin 11. Abends 7 Uhr **Mitgliederversammlung** im **Rindl-Auslohn**, **Frankfurter** **Allee** 313.

Deutscher Heizer-Verband, Abends 5 Uhr im **Gewerkschaftshaus**, **Staal** 1, **Verammlung** aller in den **Damenklub** und **Unprejudizierten** **Belegschaften**. Tagesordnung: Die **kommende** **Strohjuhl**.

Geschäftliches

Der **Inventarverkauf** der Firma **Frank** **Korowicz**, **Abteilung** **Kassa**, der, wie aus dem **Inventar** in der vorliegenden Nummer ersichtlich ist, noch bis 18. Juli stattfindet, bietet außerordentliche Vorteile in **Alpaka** **Esslöffel** und **Bestecke**, die bisher unerschwinglich teuer waren.

Großer Verkauf findet heute, **Mittwoch**, im **Sommertheater** **Schweizergarten** statt. Wir verweisen auf das **Inventar** in der heutigen Nummer.

Veranmerkung: Die **Veranstaltung** des **Diebstahl**, **Berlin-Friedenau**; für **Kommunalkolleg**, **Parteien** und **Gewerkschaft**; **Robert** **Heine**, Berlin; für den **Interaktiven** u. **geschäftliche** **Mitteilungen**; **L. S. H. S. H. S. H.** Berlin **AB.** — **Verlagsgesellschaft** **Freiheit**, e. G. m. b. H., Berlin. — **Druck** der **Berliner** **Druckerei** **G. m. b. H.**, Berlin **E 2**, **Beute** Str. 8-9.

Kukirol

beseigt schnell, sicher und schmerzlos
Hühneraugen
Normhaut, Schwielen u. Warzen.
In Apotheken u. Drogerien erhältlich.

Altenmeyer
bewährt
Schachtel M.J.

Bis 18. Juli
vormittags 9 Uhr bis abends 7 Uhr

Inventur-Ausverkauf

unserer Abteilung: **Bestecke.**

Enorm billige Preise bis 70% herabgesetzt!

Dieser Verkauf bietet Ihnen Gelegenheit, zu nie wiederkehrenden Preisen praktische Gebrauchsgüter zu kaufen.

10 Alpaka - Esslöffel silberweiß und gestempelt 5 90
jetzt Silber Mark

10 Alpaka - Kaffeelöffel silberweiß u. gestempelt, jetzt Silber Mark 3 90

Kaffee-Tablets Silber Mark 4.50

Einzelne Tischmesser mit Aluminiumbesteck Silber Mark 4.40

Kaffeelöffel „Victoria“ Aluminium jetzt 40 Pf.

Esslöffel „Victoria“ Aluminium jetzt 90 Pf.

und vieles andere außerordentlich billig!

Sollten günstige Einkaufs-Gebühren für Geschenke, sowie für Kaffeehäuser, Restaurants, Pensionate, Hotels, Kassen etc.

Nach außerhalb versenden wir gegen Einsendung des Entsor. Betrages und 2 M. für Porto gern Muster der angeführten Artikel.

Franz Borowicz, Metallwaren-Industrie

Berlin SO 20, Waldemarstrasse 27
1. Minute vom Moritzplatz und Oranienplatz
Geschäftszeit v. 9—7 Uhr. — Fernspr. Moritzplatz 4675 u. 4676.

Unvergleichlich billig!
Prima Solinger
Stahl-Bestecke
mit Holzgriff
statt M. 25.— jetzt
nur 8.50 d. Paar

Heinrich Heine

„Die soziale Weltrevolution“

enthält die berühmtesten prophetischen Aussprüche

Dieser Band ist noch von der **Erstausgabe** der **Vermischten Schriften**

von 1854 vorhanden und kann wegen der Pariser Drücke als eine **besondere literarische Denkwürdigkeit** angesehen werden!

Preis 12.— **Marx** **Lehrbuch** 15.— **Marx**

Buchhandlung **„Freiheit“**
Berlin • Breite Str.

Arbeiter!

für Euere Kinder kauft
Ihr stets gut und billig:

Rindboj-Schnürstiefel alles Leder n. 27-35 nur 68.—

Rindl.-Sandalen Lederkapsen, Lederbeinhölz. n. 27-35 n. 38.—

nur in

Kaatz Schuh-Engros-Lager

Kain Laden. Münzstr. 101. Kein Laden.

Allmetall

über Tagespreis
Nickerstraße 92

Wandertarten

für alle Gelegenheiten
erhält man in der

Buchhandlung **„Freiheit“**
Breite Straße 8-9.

Soeben erschienen!

Handbuch für Betriebsräte

Dritte Auflage

Preis 15.— **Marx** // Gebunden 20.— **Marx**

Betriebsräte, Organisationen bedeutende Preisermäßigung

BUCHHANDLUNG „FREIHEIT“

BERLIN C 2 // // // BREITE STRASSE 8-9